



Volksdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Abteilung u. Verwaltung: Drag II, Ref. 15 16 • Tel. 26793, 31469, Nachdruck (ab 21. 11. 33) 33535 • Druckerei: 37544

Verhandlungen Litwinow - Roosevelt in einer Krise

London, 15. November. Die New Yorker Berichterstatter bestätigen die Nachricht der Telegraphenagentur, daß an die Möglichkeit einer Einstellung der Verhandlungen zwischen Roosevelt und Litwinow über die offizielle Anerkennung der Sowjets durch Amerika gedacht werde. Diese Schwierigkeiten seien durch das Ersuchen des Präsidenten Roosevelt hervorgerufen worden, der veranlaßt, daß über die russischen Schulden an Amerika und über andere wichtigen Fragen noch vor der Schaffung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten verhandelt werde. In einigen russischen Kreisen glaubt man, Präsident Roosevelt habe einer führenden, der Moskauer Regierung gegenüber feindselig eingestellten Industrie-Gruppe diesbezügliche Zusagen gemacht. Es verlautet, daß vielleicht schon morgen im Weißen Hause bedeutungsvolle Erklärungen abgegeben werden dürften.

Das Amt für deutsche Flüchtlinge beginnt seine Tätigkeit.

Genf, 15. November. (Havas.) Der vom Völkerbundrate als hoher Kommissar für Angelegenheiten der deutschen Flüchtlinge ernannte James McDonald ist hier eingetroffen. Man erwartet, daß in der nächsten Zeit in Genf die zur Prüfung der Verhältnisse der deutschen Flüchtlinge eingesetzte Kommission zusammentritt. Zur Mitarbeit in dieser Kommission wurden folgende Staaten eingeladen: Holland, Belgien, Schweiz, Italien, Spanien, Großbritannien, Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Dänemark, Schweden, die Vereinigten Staaten, Argentinien, Brasilien und Uruguay. Viele der genannten Staaten haben ihre Mitarbeit bereits zugesagt. Der hohe Kommissar James McDonald wird zunächst London, Paris, Haag und Brüssel und hierauf jene Länder besuchen, welche das größte Interesse an der erwähnten Frage haben.

Die Spaltung in der SPD

Paris, 15. November. Deputierter Professor legte dem sozialistischen Klub einen offenen Brief vor, unterzeichnet von 32 Kollegen (20 Deputierten und 3 Senatoren), die erklären, daß sie Anhänger der Vereinigung und Zusammenarbeit der Linksparteien seien, der Beteiligung der Sozialisten an der Regierung günstig gegenüberstehen und für die Organisierung der nationalen Verteidigung Frankreichs sowie für das Budget sind. Schließlich wird ersucht, einen außerordentlichen Parteikongress noch vor Ende dieses Jahres einzuberufen, um zu diesen Angelegenheiten Stellung zu nehmen.

„Vergessene“ Goeringworte

Berlin, 15. November. (Anpreß): Die deutsche Presse hat es für gut gehalten, einige Passagen der letzten Goeringrede zu „veressen“, trotzdem sie von den Gardien des dritten Reiches strenge beaufsichtigt wurden. U. a. sagte Goering: „Die Presse des Auslandes hat mich angeklagt, daß ich versucht habe, auf den Ausgang des Reichstagsbrandprozesses einen Druck auszuüben, aber ich weiß, daß ich nur Ihren Wunsch mit meinen beiden Häufen ausgedrückt habe. Es ist unduldbar, daß Kommunisten wie Torgler in der Lage sind, Reden vor dem Reichsgericht zu halten.“ (Schreie: „An den Galgen! Hängt ihn!“)

60 Nazi im Konzentrationslager

Wiener-Neustadt, 15. November. In dem Objekt Nr. 8826 in Wöllersdorf, wo sich der Notarrest für die politischen Häftlinge befindet, weilen derzeit zirka sechzig Personen. Die Arrestanten werden vorläufig nur zur Instandhaltung der Barackenobjekte gehalten, später sollen sie auch andere körperliche Arbeiten zugewiesen erhalten.

Für einen festen Wirtschaftsplan Dr. Beneš: Keine Zeit mehr zu verlieren

Prag, 15. November. In dem gestrigen Schlusswort des Außenministers Dr. Beneš im Budgetausschuß war der ungewöhnliche Ernst bemerkenswert, mit dem der Minister die Notwendigkeit betonte, schnellstens zu einem Wirtschaftspläne für die nächste Zukunft, d. h. zu festen Richtlinien namentlich für unsere Handelspolitik zu kommen, die schon mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen mit der Kleinen Entente unbedingt einen festen Boden unter den Füßen haben muß.

Dr. Beneš widerlegte zunächst die Behauptungen Mayor-Gattings und auch des Landbauers Windisch, daß es bei der mitteleuropäischen Zusammenarbeit ohne Deutschland nicht gehen werde. Die 15 Jahre Kampf um Mitteleuropa haben gezeigt, daß keine Großmacht es zuläßt, daß eine andere Großmacht in irgend einen speziellen Kontakt mit den kleineren mitteleuropäischen Staaten komme. Auch Beneš ist dagegen, daß an einem mitteleuropäischen Wirtschaftsblock irgend eine Großmacht enger beteiligt wäre, weil dann die kleineren Staaten wirtschaftlich, vor allem aber politisch dieser Großmacht unterliegen würden; das würde auch das übrige Europa nicht zulassen. Deutschland grenze sich überdies selbst gegen uns ab, indem es die stärkste autarkistische Politik von ganz Europa betreibt.

Zu dem notwendigen Ausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft, namentlich im Hinblick auf die erst zu schaffende Kleine Wirtschaftsentente, erklärte Beneš, daß in der Theorie ein gegenseitiges Einbernehmen leicht sei; beim ersten

praktischen Schritt zeigen sich aber sofort die konkreten Interessen dieser oder jener Seite und man kommt nicht vom Fleck.

Diese Probleme müssen daher gleichzeitig sowohl nach der landwirtschaftlichen wie nach der industriellen Seite hin gelöst werden.

In Industrie und Landwirtschaft müsse eine gewisse Umorientierung erfolgen, eine gewisse Planwirtschaft sich durchsetzen. Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen uns dazu, sofort und mit größter Energie an die Ausarbeitung eines wirtschaftlichen Gesamtprogrammes zu gehen. Das Jahr 1934 müsse schon tatsächlich das Jahr sein, in dem unsere Wirtschaft nach einem festen Programm, das unerbittlich und mit aller Energie durchgeführt werden muß, wieder aufwärts geht.

Durch eine bestimmte Wirtschaftspolitik können wir diese aufsteigende Tendenz sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft erzwingen. Dem soll namentlich auch die Arbeit im Rahmen der Kleinen Wirtschaftsentente dienen.

Die Kleine Wirtschaftsentente soll der Ausgangspunkt für eine neue Wirtschaftspolitik im Innern wie nach außen, für eine intime Zusammenarbeit zwischen der Landwirtschaft und den übrigen Ständen bei der Ausarbeitung einer planmäßigen Wirtschafts- und Handelspolitik werden.

Netzt tritt in Prag zum erstenmal der Wirtschaftsrat der Kleinen Entente zusammen; Beneš hofft, daß die vorbereiteten Pläne angenommen werden, und daß dies der erste Schritt zur Erhöhung des gegenseitigen Güterausstausches zwischen den drei Staaten sein wird.

Die Deutschen und der Staat

In einem innerpolitischen Teil ging Dr. Beneš von den Ausführungen Ing. Kalina aus, der ihn direkt für die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Tschechen und Deutschen verantwortlich gemacht hatte.

Bedingte Bejahung unmöglich

Dr. Beneš zieht einen scharfen Trennungsschritt zwischen dem offenen Bekenntnis der deutschen aktivistischen Parteien zum Staat und zwischen dem bedingten Ja gewisser Oppositionskreise. Ein bedingtes Bekenntnis gibt es aber namentlich heute nicht, denn das bedeutet heute: Nein!

Gleiche unter Gleichen

Mit der Forderung „Gleiche unter Gleichen“ (mit der am letzten Sonntag auch Herr Denlein in Reichenberg billigen Beifall geerntet hat) stimmt Beneš grundsätzlich überein. Praktisch sehe es aber in der Politik so aus, daß man auch von den tschechischen Parteien nicht behaupten kann, sie seien alle Gleiche unter Gleichen. Es gebe z. B. politische Parteien, die unter der Bürokratie einen weit größeren Anteil haben als andere.

Wenn wir von dem Grundsatz Gleiche unter Gleichen sprechen, dann müssen wir ihn auch näher betrachten. Wie zwischen den tschechischen politischen Parteien der Kampf um die Teilnahme an der Regierungsmacht geht, so ist es ebenso im ganzen Bereich des politischen Kampfes zwischen dem deutschen und dem tschechischen Teil in diesem Staat.

Es gibt einen bestimmten Abschnitt des politischen Lebens, wo das allgemeine Prinzip von den Gleichen unter Gleichen in allgemeinen und grundsätzlichen Fragen gilt, es gibt aber auch einen zweiten

Abchnitt, wo sich einfach der Kampf der politischen Parteien um die Macht abspielt, was mit nationalen Momenten nichts zu tun hat. In diesem Abschnitt dürfte man aus politischen und Parteisachen keine nationalen Angelegenheiten machen, die sie nicht sind.

Loyalität und Kritik

Hinsichtlich der Gleichberechtigung der Nationen erklärte Beneš siehe die Tschechoslowakei in Europa neben der Schweiz an erster Stelle. In den fünfzehn Jahren seiner Ministerkammer sei er sich stets seiner Loyalität zu den Minderheiten, namentlich zu den Deutschen, bewußt gewesen, und er sei deshalb sogar oft angefeindet worden. Er sei sich seiner Loyalität auch in bezug auf die Außenpolitik bewußt; immer wieder habe er betont, daß der Friede in Europa nur auf Grund eines Einvernehmens zwischen Frankreich und Deutschland möglich sei. Er habe daher das Recht, von denen, die von der Regierung Loyalität gegenüber ihrer Forderungen fordern, ihrerseits zu verlangen, daß sie zur Außenpolitik dieses Staates auch wirklich in vollem Maße loyal seien.

Denjenigen unter den Deutschen, die bei uns seit fünfzehn Jahren immer nur kritisieren, nimmt er es besonders übel, daß sie nie und nimmer anerkennen wollen, was der Staat in dieser Zeit Gutes geleistet habe. Er habe der Bevölkerung die Wahrung, die Demokratie, die politische Ruhe erhalten und ihr beträchtliche bürgerliche Freiheiten gegeben, er arbeite für den Frieden und für bessere Verhältnisse. Wenn die unentwegten Kritiker dies anerkennen würden, dann würde ihre sonstige Kritik viel mehr Gewicht haben.

Bradač für nationale Wehrhaftigkeit

Verteidigungsminister Bradač erklärte im Ausschuß, heute über die Notwendigkeit der Nationalverteidigung zu sprechen, sei überflüssig. Die heutige Zeit berechtige zu der Erklärung, daß man sich durch den Gedanken an den Frieden nicht in Sicherheit wiegen lassen darf, sondern daß man bereit sein muß für den Fall, daß wir die Staatsgrenzen verteidigen müssen.

Das Budget für Nationalverteidigung wurde herabgesetzt, und er bedauere es, sagen zu müssen, daß es aus volkswirtschaftlichen Gründen herabgesetzt werden mußte. Ministerium und Armee befinden sich im Stadium einer gewissen Umorientierung im Gefolge der Dienstzeitverkürzung. Die viermonatige Dienstzeit ist nicht billiger. Die Neuorganisation der Armee wird konsequent durch-

geführt und wird in kürzester Zeit beendet sein; sie ist elastisch und beweglich und hat eine solide Grundlage in dem Offiziers- und Unteroffizierskorps. Der Geist der Wehrhaftigkeit werde in manchen Staaten schon von Kindheit an gepflegt. Man werde sich bemühen müssen, auf diesem Gebiete gemeinsam mit verschiedenen Organisationen für körperliche Erziehung das angeblich Verfallene nachzuholen.

Für die technische Ausrüstung der Armee seien die Budgetposten vielfach unzureichend. Gewiß seien manche Sachen viel billiger geworden, dafür aber andere wieder viel teurer. So koste heute z. B. ein modernes Jagdflugzeug eine Million, während man in den ersten Zeiten des Weltkrieges mit 800.000 Kr. auskam. Eine Flugabwehrkanone kostete heute auch 750.000 Kr. eine Million Kr. Der Minister verspricht, die größte Sparfamkeit in seinem Ressort walten zu lassen. Es werde nichts verabsäumt werden, um die Armee für die Verteidigung aufs Beste auszurüsten.

Sudetendeutsche Romantik

Das Volk der Dichter und Denker, wie man die Deutschen zu einer Zeit genannt hat, da noch nicht Hitler, Goering und Goebbels zu seinen Führern zählten, hat auf dem Gebiete der Wissenschaften Hervorragendes und Bewunderungswürdiges geleistet. Umso merkwürdiger ist es, daß es den wissenschaftlichen Tatsachensinn und die wissenschaftliche Exaktheit auf allen Gebieten angewandt hat, nur nicht auf dem Gebiete, auf dem die Schicksale der Völker geschieden werden, auf dem — der Politik. Hier steht das deutsche Bürger- und Kleinbürgertum noch tief in der Romantik und ist zur Erkenntnis der realen, harten, nüchternen Tatsachen nicht gelangt. Mit dem gesamten deutschen Bürgertum teilt diese „heroisch“ romantische Auffassung der Politik — mit Ausnahme der klassenbewußten Arbeiterschaft — das Deutschtum in der Tschechoslowakei.

Man vergegenwärtige sich nur, von welchem Geist das sudetendeutsche Bürgertum in den letzten Monaten seit dem Machtantritt Hitlers erfüllt war. Als Hitler in Deutschland zur Herrschaft kam, meinten viele Teile des sudetendeutschen Bürger- und Kleinbürgertums die Entwicklung in der Tschechoslowakei müsse ebenso vor sich gehen wie in Deutschland. Es ist den deutschen Bürgerparteien, bzw. den meisten ihrer Führer gar nicht eingefallen, daß die realen politischen Kräfte und die Machtverhältnisse in der Tschechoslowakei ganz anders liegen als in Deutschland. Wie sehr das sudetendeutsche Bürgertum im Tann der Hitler-Romantik befangen war, ohne die wirkliche Welt zu sehen, von der es hierzulande umgeben ist, zeigt allein die Tatsache, daß die faschistische Begeisterung nicht nur in die nationalsozialistische, deutschnationale und christlichsoziale Partei, sondern auch in die Jugend des Bundes der Landwirte und der sich zum Teil auf das jüdische Bürgertum stützenden Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft gedrungen war. Damals glaubte der Herr Rofsch, daß seine Stunde gekommen sei und daß es seine Aufgabe wäre, alle deutschbürgerlichen Parteien zu einer antimarxistischen Front zusammenzuschließen. Und doch hatte Herr Rofsch eine bessere Lage gesehen. Er verschaffte sich eine Art politischen Auf, als er gegen die politische Romantik der Deutschnationalen zu Felde gezogen war und sich im Interesse der von ihm vertretenen Schichten auf den Boden der Tatsachen gestellt hatte. Aber selbst er wurde von den Wogen einer unkritischen Hitler-Begeisterung hinweggeschwemmt.

Die Politik des deutschen Bürgertums in den letzten Monaten bestand darin, daß es alle vier Wochen einmal einem anderen Schlagwort nachging, hinter dem nichts Tatsächliches steckte. Zuerst tauchte das Schlagwort „Volkstrat“ auf, alle deutschen Parteien (die Sozialdemokratie natürlich ausgenommen) sollten eine Gemeinschaft bilden und wenn nur diese Gemeinschaft zustande kam, dann stünden dem sudetendeutschen Volk sicher bessere Tage bevor. Ohne über die Aufgaben eines solchen Volkstrates nachzudenken, ohne viel Beratungen, ohne eine bestimmte Vorstellung von dem, was man machen wollte, wurde das Schlagwort in die Massen geworfen, die Zeitungen stimmten erfreut zu, an tausenden von Stammtischen wurde das Projekt mit Begeisterung begrüßt. Einige Wochen später war der ganze Spul vorüber, erst jagte der Bund der Landwirte, dann die Christlich-sozialen ab und mit einem Schlag war der „Volkstrat“ abgetan. Bald darauf flatterte ein neues Schlagwort auf: „Volkstront“, so hieß es, das sei das Richtige, das sei das Ei des Kolumbus, so und nicht anders müsse man es machen. Auch da waren verschiedene Vorstellungen, bei denen nur die deutschen Nationalsozialisten ein festes Ziel hatten, nämlich

ein Dach zu errichten, unter dem sie Unterschlupf finden könnten, wenn ihnen das eigene Dach über dem Kopf angezündet würde. Wieder erregte die „Volksfront“ die Begeisterung aller Spieler und tausende Glas Bier wurden auf ihr Wohl geleert. Nach ein paar Wochen war wieder alles vorüber. Nun wird für ein neues Schlagwort geworben, nicht „Volksfront“, sondern „Heimatfront“ heißt die Parole. Auch da weiß niemand nichts Rechtes, nichts Genaueres, kein Programm dieser Heimatfront ist bekannt, aber viele deutsche Menschen in der Tschechoslowakei stellen sich wieder etwas Großes vor, bauen Luftschlösser und verlieren den Boden unter den Füßen. Gerade die Rede Henleins in Reichenberg, der immer nur vom Geist, „auf den es ankommt“ sprach, worunter sich niemand etwas genaueres vorstellen kann, zeigt neuerlich wie wenig der Politik des deutschen Bürgertums Tatsachensinn eigen ist.

Und doch hätte dieses sudetendeutsche Bürgertum in den letzten Jahrzehnten politisch etwas lernen können und zwar von seinen Nachbarn, nämlich den T s c h e c h e n. Auch die Tschechen waren bis in den Anfang der neunziger Jahre politische Romantiker. Sie träumten vom Staatsrecht, das ihnen auf irgend eine Weise einmal der Himmel beschicken werde, sie waren romantische Pan-slawisten und dachten, daß Mütterchen Rußland sie befreien werde. Diesen politischen Romantismus der Tschechen zerstört zu haben, ist das Verdienst Masaryks. Er hat den kritischen Realismus in der Politik begründet, er hat die Tschechen die politische Wirklichkeit und die wahren politischen Kräfte zu erkennen gelehrt. Während ein Großteil der tschechischen Nation im Weltkrieg auf die Befreiung durch Rußland hoffte, hatte Masaryk die moralischen Grundlagen des Fasizismus schon 1914 und früher erkannt und hat die Sache des tschechischen Volkes auf die Kräfte der Weltmacht, d. i. auf die westeuropäische Demokratie gestellt. Dieser politische Realismus Masaryks und der Tschechen hat einen wesentlichen Teil dazu beigetragen, wie der Krieg für das tschechische Volk beendet worden ist.

Die einzige sudetendeutsche Partei, welche diese politische Romantik, der übrigens auch die Kommunisten verfallen sind, abgelehnt hat und eine Politik entsprechend den realen Kräften des Landes unternimmt auch in den letzten Monaten gemacht hat, ist die deutsche Sozialdemokratie. Sie wurde und wird vom Haß der übrigen deutschen Parteien verfolgt, aber sie trägt diese Feindschaft mit Ruhe. Hätte es in den letzten Monaten nicht eine sudetendeutsche Sozialdemokratie gegeben, so wäre das ganze sudetendeutsche Volk der Hitler-Romantik verfallen und eine Katastrophe wäre über das Sudetendeutschtum gekommen, die von den furchtbarsten Folgen für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben der Deutschen in der Tschechoslowakei begleitet gewesen wäre. Heute wird vielfach auch außerhalb des Kreises der deutschen Sozialdemokratie im Sudetendeutschum dieses große Werk, das da die deutsche Sozialdemokratie für das sudetendeutsche Volk

vollbracht hat, anerkannt. Aber so, wie man heute erkennt, daß die friedliche und völkerverehörende Politik der deutschen Sozialdemokraten im alten Oesterreich den Interessen des deutschen Volkes entsprochen hat, so wird man in einer, wie wir hoffen, nicht all-

zufernen Zukunft erkennen, daß die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakischen Republik die einzige Partei gewesen ist, welche die Lebensinteressen des Deutschtums in der Tschechoslowakei in diesen schweren Zeiten wirksam verteidigt.

Exportförderung statt Zollmauern

Genosse Hakenberg an die Adresse der Agrarier

In der kürzlichen außenpolitischen Debatte und auch in der bisherigen Budgetdebatte selbst hat die Frage eines vernünftigen Ausgleiches zwischen den Interessen der Landwirtschaft und der Industrie eine große Rolle gespielt. Namentlich bei der Verwirklichung der Kleinen Wirtschaftsentente wird es nicht zu umgehen sein, den rein agrarischen Partnern gewisse Zugeständnisse für ihren landwirtschaftlichen Export zu uns zu machen, wenn wir unsere Industrieprodukte bei ihnen absetzen wollen. Leider sind unsere Agrarier so eingeschnoren auf ihre alten Thesen vom Schutz der Landwirtschaft durch hohe Zollmauern für Agrarprodukte, daß sie einfach immer wieder diese alte Litanei nachbeten, auch wenn sie längst durch die Verhältnisse widerlegt ist.

In der gestrigen Budgetdebatte beklagte sich Windirsch (BDL) wieder darüber, daß wir beim Abschluß von Handelsverträgen „zu entgegenkommend“ seien.

Das veranlaßte den Genossen Hakenberg, auch seinerseits in die Debatte einzugreifen und neuerdings zu betonen, wie wichtig es ist, eine Politik der Exportförderung zu betreiben und die innere Kaufkraft der Bevölkerung zu stärken. An der Hebung der Konsumfähigkeit der Bevölkerung sind ja auch die Landwirte mitinteressiert, die ja sonst ihre Produkte nicht absetzen könnten. Es gibt wohl keinen Vertreter der landwirtschaftlichen Bevölkerung, der sich der Meinung hingeben wird, daß unsere Landwirtschaft in der Lage wäre, ihre Produkte zu entsprechenden Preisen ins Ausland auszuführen.

Die Landwirtschaft ist auf den Inlands-konsum angewiesen und erzielt für ihre Produkte bei uns viel höhere Preise als auf dem Weltmarkt. Darum muß sie auch an der Konsumfähigkeit des Industriearbeiters interessiert sein.

Wenn man aber wie Herr Windirsch, sich über das „Entgegenkommen“ beschwert, das das Handelsministerium, bzw. das Außenministerium beim Abschluß von Handelsverträgen zeigen, so kann dieser Weg nur dazu führen, daß unser industrieller Export überhaupt unmöglich gemacht wird. Dann verlieren aber auch die Landwirte ihre inländischen Konsumenten.

Theoretische Spielerei.

„Cestá Slovo“ über Konrad Henlein: Was an seinen Ausführungen nicht unklar ist, ist pure Selbstverständlichkeit.

Im „Cestá Slovo“ findet sich gestern an leitender Stelle folgende Charakteristik des neuen tschechoslowakischen Messias, den Herrn Konrad Henlein. Es wird da über seine Reichenberger Rede folgendes gesagt:

Er wirft die Frage des Antisemitismus und der Rassenzugehörigkeit aus. Niemand spricht er sich für Hitler, aber auch nicht gegen Hitler aus, einmal schwärmt er für die Demokratie und das zweite Mal schießt er nach irgend

Der Handelsminister wird ein Lied darüber singen können, wie erschwert der Abschluß von Handelsverträgen ist, wenn wir den Forderungen der Vertragspartner nach Aufnahme ihrer Ueberflüsse nicht in entsprechendem Ausmaß entgegenkommen.

Wir sind daher der Meinung, daß es nicht angeht, den weiteren Forderungen der Agrarier nach Verminderung und Drosselung der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte zu entsprechen, weil dadurch nur unser industrieller Export völlig lahmgelegt würde und eine weitere Verschärfung der Notlage der konsumierenden industriellen Bevölkerung die Folge wäre!

Zum Militärbudget:

Genosse Hakenberg befaßte sich dann auch mit den Ausführungen Mahr-Hartings, der auf eine Bemerkung des Genossen Dr. Heller im Senat Bezug genommen hatte, daß wir für das Budget des Verteidigungsministeriums stimmen würden, auch wenn es höher wäre. Hakenberg stimmt Mahr-Harting insofern zu, daß beim Kapitel Verteidigung Ersparungen möglich sind, ohne daß die Wehrhaftigkeit darunter leiden müßte. Bei Berücksichtigung der Preisentlungen müßte eigentlich eine weit größere Herabsetzung des Militärbudgets erfolgt sein. Dabei dürfen wir aber nicht unerwähnt lassen, daß der Verteidigungsminister viel weitergehende Forderungen stellte; wäre nicht die Sorge um das Budgetgleichgewicht gewesen, so wäre es uns kaum gelungen, eine Herabsetzung bei diesem Kapitel zu erzielen.

Dr. Heller hat im Senat auseinandergesetzt, daß unsere Haltung zur Frage des Militarismus jetzt eine andere ist als sie früher war, wo man mit der Abrüstung rechnen konnte, und zu normalen Zeiten wieder sein wird. Ich will, erklärte Hakenberg, diese Worte nicht abschwächen. Wir sehen ein, daß man in einer Zeit, in der Nachbarstaaten rüsten und Kriegsgelahr besteht, dieser Tatsache Rechnung tragen soll, aber selbstverständlich muß auf die Tragfähigkeit der Bevölkerung Rücksicht genommen werden, und das ist derzeit im Vorschlag geschehen.

einer Diktatur im Staate, an der die Deutschen ihren Anteil hätten, kurz, es ist dies ein politischer Dilettant, bei dem sich jeder frei nach Faust aussuchen kann: Wer vieles bringt, wird jedem etwas bringen. Jemand, der das was seine Reden dahin charakterisiert, daß das, was in ihnen nicht unklar ist, selbstverständlich ist... Die Naivität eines politischen Neulings, in der interessant ist die Mischung des Propheten und turnerischen Naturburschen, vermählt sich mit der Naivität des politischen Denkens im deutschen Volke, das bereit ist an irgend einen lokalen Erlöser zu glauben: „Bist Du der, der kommen soll?“ In anderen Zeiten wäre das eine Situation, wie geschaffen für die Entstehung einer neuen Partei, aber Hen-

lein selbst verspricht sich Erfolg gerade davon, daß er die Schaffung einer neuen Partei ablehnt und alle bisherigen Parteien in einer überparteilichen Bewegung aufgehen lassen will, von deren praktischem und organisatorischem Charakter er offenbar sehr nebelhafte Vorstellungen hat. Sein Programm der politischen Standbegliederung im deutschen Volke, übrigens dem Fasizismus abgelehnt, ist z. B. ein theoretisches Spiel in einem Lande, in dem die Deutschen nicht allein sind und wo die politisch führende Nation im Staat zu solchen Experimenten weder Grund noch Geschick hat.

Zum Schluß wird dann über die Deutschen in der Tschechoslowakei gesagt: „Wird in ihnen endlich der Sinn für eine Politik realer Tatsachen ohne geheime Spiele erwachen und werden sie mit uns eine klare Sprache sprechen können, damit wir wissen, woran wir mit ihnen sind? Werden sie sich dessen bewußt werden, daß das Salenkrenzium im Reiche unter ganz anderen Umständen und Bedingungen entstanden ist, als für die Existenz der Tschechoslowakischen Republik gegeben sind, eines Staates, in dem sie alle Rechte einer alten und der stärksten nationalen Minderheit haben? Wird Ihre Ernüchterung aus enttäuschten Katastrophenhoffnungen, die sie in Diller setzten, dauernd sein und ist das politische Schicksal unserer Salenkrenzler für sie nicht eine ausgiebige Lehre? Das sind Fragen, auf die früher oder später Henlein antworten muß, genau so wie jeder andere Führer, der Politik für sein Volk hier und nicht für eine Partei machen will, die sich der Regierung in Deutschland bemächtigt hat.“

Der Verband „Arbeiterfürsorge“

leitet seine Winterarbeit mit zwei großen Arbeitskonferenzen ein, deren erste, die Landeskonferenz für Böhmen, am Sonntag im tschechischen Gewerkschaftshaus in Prag tagte, deren zweite, die die Vertreter der mährischen und schlesischen Bezirksvereine zusammenführten soll, am kommenden Sonntag in Olmütz zusammenzutreten wird. An der Prager Konferenz, zu der auch Genosse Czech gekommen war, nahmen 43 Vertreter der Bezirksvereine, 14 Mitglieder des Verbandsvorstandes und drei Gäste teil. Genosse Hakenberg erstattete kurz Bericht über die Tätigkeit des Verbandes, Genosse Rogler sprach über „Die Aufgaben der Fürsorge in der Krise“ und Genosse Dr. Gruschka über die „Gegenwartsaufgaben der Gesundheitsfürsorge“. Auf der Olmüher Konferenz werden die gleichen Fragen von den selben Rednern behandelt werden. Es wird nach dieser Konferenz ein zusammenfassender Bericht über beide Tagungen in den Parteiblättern veröffentlicht werden.

Dank der Kriegsinvaliden an Genossen Dr. Czech

Der Bund der Kriegsverletzten hat, wie wir dessen Organ entnehmen, an den Minister, Genossen Dr. Czech das nachstehende Telegramm gerichtet: „Die am 28. und 29. Oktober 1933 in Eger tagende Landeskonferenz des Bundes der Kriegsverletzten, Witwen und Waisen, Eih Reichenberg, gedenkt in tiefster Dankbarkeit Ihrer so vorbildlichen und aufopferungsvollen Arbeit als Minister für soziale Fürsorge zugunsten der Kriegskörper und bittet Sie, auch weiterhin für eine gerechte Verpflegung der Kriegsbeschädigten einzutreten.“

Böhmische Landesvertretung: 12. Dezember. Die böhmische Landesvertretung dürfte am 12. Dezember zu einer kürzeren Tagung zusammenzutreten.

Der Puppenspieler

Roman von Felix Fehenbach

Voll froher Zuversicht kutscherte er seinen Wohnwagen in den grauen Märzorgen hinein

3.
Fünf Jahre war Hans jetzt schon von der Großmutter weg und ist in dieser Zeit mit seinen Eltern in ganz Bayern auf allen Messen und Jahrmärkten herumgekommen. Dreimal war er auch schon in München auf dem Oktoberfest. Die Ständeleiter waren dort zwar sehr hoch, aber es wurde dafür auch mehr eingenommen, besonders bei den Abendvorstellungen. Auch den Augsburg-Plärrer und die Nürnberg-Plärrer besuchten sie regelmäßig. Kleinere Plätze suchten sie nur dann auf, wenn in den größeren Städten nichts los war. Selbstverständlich kamen sie auch alle Jahre nach Würzburg, einmal mindestens. Wenn es sich aber irgend machen ließ, schlug Vater Cornelius seine Kasperbude zweimal im Jahr am Kranen in Würzburg auf. Dafür sorgte schon Hans, der immer gern nach Würzburg kam. Die Kinderfreundschaft die ihn mit Gretl Hein verbunden hatte, war durch die Entfernung nicht zerstört worden. Hans dachte oft und gern an Gretl. Die Begriffe Würzburg und Gretl Hein waren für ihn eins geworden. Im Laufe der Jahre war seine Zuneigung zu Gretl aber längst über die einstige Kinderfreundschaft hinausgewachsen.
Jetzt war wieder Allianzmesse in Würzburg, und Hans kutscherte den Wohnwagen mit dem Anhänger dran der alten Bischofsstadt zu. Das Kutschieren hatte Hans längst seinem Vater ab-

genommen. Das Pferd zottelte gemächlich seine Straße mainabwärts. Der Weg hielt sich dicht neben dem Fluß. Sie waren schon bis Heidingsfeld gekommen, und Hans hatte darauf bestanden, daß vor dem Rathaus Station gemacht werde. Er wollte zur Mittagsstunde das Heffelder „Giemaul“ sehen. Seiner Mutter erzählte er, was es damit für eine Bewandnis habe: „Heidingsfeld ist früher eine besetzte Stadt gewesen, hast ja die alten Stadtmauern noch g'sehn. Und im dreißigjährigen Krieg ham die Schweden das Städtle belagert. Da soll dann ein Hauptmann Verrat geübt haben. Die Heffelder ham ihn aber erwischt, ihn um einen Kopf kürzer gemacht und keinen Kopf über die Rathausuhr an den Turm genogelt. Der Hauptmann soll jetzt noch im Rathausurm spulen, wird erzählt. Aber das is natürlich Quatsch. Siehst — und dabei deutete er hinauf zum Turm über die Uhr — da hängt eine Nachbildung von dem Hauptmannskopf. Das is das „Giemaul“. Wenns jetzt zwölf schlägt, dann muß der Kerl zwölfmal sein Maul aufsperrn, weil ers damals mit hat halten können.“
Die Uhr holte zum Schlag aus. Und wirklich, der bärtige Kopf über der Uhr riß das Maul sperrangelweit auf. Bei jedem Schlag bekam er die Maulsperrre.
Vater Cornelius war unterdessen in das gegenüberliegende Wirtshaus gegangen und hatte sich das Heffelder Bier gut schmecken lassen. Hans holte ihn heraus:
„Vater, wir wollen wieder weiter! Wir essen erst in Würzburg, hat die Mutter g'sagt.“
Der Wagen fuhr über die holprige Gasse durchs alte Würzburger Tor zum Städtchen hinaus und links vom Main weiter. Hoch oben von den mit Reben bespizten Hügeln grühten das alte Käppel, jene schöne, von Volkshar Neumann erbaute Hofkapelle, und die graue Feste Marienberg, einst das Schloß der Würzburger Fürstbischöfe und später bayerische

Festung, bis sie 1866 von den Preußen geschleift wurde.
Jedesmal, wenn Hans die Mergentheimer Straße hereinkam, packte ihn so ein merkwürdiges Gefühl. Es ist doch was ganz eigentümliches, wenn man wieder heimkommt.
Der Wagen holpert jetzt über die kleine Steinbrücke vor dem Burgharder Tor. Da war früher einmal eine Zugbrücke. Rechts und links oberhalb des Torbodens sitzen noch die alten Rollen, über die einst die Ketten der Zugbrücke liefen. Von der Brücke aus kann man jetzt noch in den Wallgraben hinuntersehen, der von Gras und allerhand Unkraut überwuchert und nur noch von einem schmalen Wasserarm durchzogen ist. Links drüben, jenseits des Wallgrabens wächst die Festung aus steilen Felsen hoch. Und nun gehts durch den Torbau, dessen altersgraue Gewölbe den Jahrhunderterten Trost geboten haben. Man sieht noch, wo früher das eiserne Fallgatter gewesen ist.
Mächtig poltert der Wagen unter dem widerhallenden Gewölbe, das sich einem Tunnel gleich hinzieht. An der Burgharder Kirche fährt der Wagen jetzt vorüber ins Mainviertel hinein. Da liegen die engen Gassen mit ihren vor Alter vornübergebeugten Häuschen, von denen sich die Leuchten an die Felsen des Marienberges anschleichen, als suchten sie dort Schutz und Stütze.
Wie der Wagen dann um die Ecke biegt, um über die Alte Mainbrücke zu fahren, steigen Hans und Vater Cornelius ab. Es geht ein kurzes Stück stramm aufwärts, da will mans dem Pferd ein wenig leichter machen. Die alten Brückenheiligen stehen noch da wie früher, als Hans von der Brücke oben aufs Wehr hinuntergeschaut hat und den Flößen zusah, wenn sie durchgeschleift wurden.
Kindheitserinnerungen gehen Hans durch den Kopf, während der Wagen über die Brücke fährt zum Vierhörentbrunnen und dann durch die Karmelitergasse zum Kranen. Dort wurde

ausgespannt und das Pferd in einem Stall in der Nähe untergestellt. Als Hans vom Stall zurückkam war das Mittagessen schon fertig. Die Mutter hatte unterwegs während der Fahrt gekocht. Nach dem Essen nahm Hans seine Mütze: „Vater, ich geh schnell mal nüber zur Großmutter!“
„Aber bleib nit zu lang! Wir wolln heut noch mit dem Aufbauen anfangen.“
Und die Mutter sagte bei:
„Zag 'n schönen Gruß, und der Vater und ich, wir kommen heut abend noch nüber.“
Hans ging über den Platz und in die Kärrnergasse. Im Milchladen der Großmutter stand hinterm Ladentisch Lene:
„Ja, der Hans! Grüß dich! Seid ihr schon da?“
„Grad sind wir gekommen. Der Vater und die Mutter wolln heut abend rüberkommen, wenn wir mit dem Aufbauen fertig sind. Wie gehts denn immer, und wo is die Großmutter?“
„Weißt ja selber, wie's is. Immer das gleiche. Ich helf der Großmutter, sie is ja nimmer so rüstig.“
Dann ging sie die paar Stufen zur Stube hinauf, machte die Tür auf und rief hinein:
„Großmutter, der Hans is da!“
Die Großmutter kam in den Laden herunter und trocknete sich im Kommen die Hände an der Schürze ab:
„Grüß dich, Hans! Seid ihr alle g'sund? Ich war grad beim Abwasch in der Küche. Groß bist worden. Bub! Und ich hüpel immer weiter j'samm, bin halt e' alts Weible. Komm nur gleich in die Stube, ich mach dir e' Schale Kaffee.“
Geschäftig trippelte sie wieder die Stufen hinauf, Hans hinter ihr drein. Eine Schale Kaffee war stets der Willkommentrunk bei der Großmutter.
(Fortsetzung folgt.)

Dr. Sack nicht mehr Verteidiger

Van der Lubbe wird nicht mehr gefragt

Prag, 15. November. Unsere Leser müssen einschuldigen, daß die Berichterstattung über den Prozeß zur Verteidigung der nationalsozialistischen Reichstagsbrandstifter nun noch spärlicher wird als sie schon war. Herr Goebbels hat nämlich entdeckt, die deutsche Öffentlichkeit interessiere sich für den Prozeß nicht so, als daß das Bringen von Dialogen gerechtfertigt wäre. Er hat darum den deutschen Zeitungen aufgetragen, höchstens noch 60 bis 70 Zeilen über den Prozeß zu bringen und das offizielle Wolff-Büro, auf das die zu den Verhandlungen nicht zugelassenen Zeugen angewiesen sind, hat diesen Wint des Goebbels ebenfalls zur Kenntnis genommen.

Herr Goebbels wurde aber durch sein eigenes Parteiorgan, den „Völkischen Beobachter“ widerlegt. Der interessiert sich in einer Weise für die Verhandlung, die in Kulturstaaten rein unmöglich ist, indem er sich sehr wundert „über die Möglichkeiten, die Herrn Dimitrow immerfort eingeräumt werden“. Man will jedoch den ausländischen Beobachtern die Komödie eines „unvoreingenommenen Gerichtes“ äußerlich noch weiter vorspielen, aber die deutsche Öffentlichkeit, die Dimitrow als seines Heldentums immer mehr bewundert und verehrt, darf wenigstens nicht mehr erfahren, was für Schloppen er den größten unter den Schurken des Dritten Reichs beigebracht hat.

An der heutigen Verhandlung ist wieder das Bemerkenswert, was nicht geschah. Der Vorsitzende hat nämlich noch immer nicht die besonnenen Fragen an Lubbe gestellt. Dieser würde sie, da er noch sprechen kann, möglicherweise auch beantworten. Und da er auf die Frage, was er in Hennigsdorf gemacht habe, schon einmal sagte, daß er dort mit Nazis zusammengekommen sei, ist die Vorsicht des Herrn Dr. Büniger erklärlich. Nehmt, da die bürgerliche Welt wegen des „Wahl“-Ergebnisses die Scheußlichkeiten des Hitlerregimes zu vergessen sich ansieht, soll sie doch nicht etwa daran erinnert werden, daß dieselben Leute, die den Reichstag anzündeten, auch für diese „Wahl“ verantwortlich sind.

Noch weiß man nicht, was für Absichten hinter der Scoplamintziehungskur an Lubbe stecken. Man wird es bald erfahren und die Angeklagten dürften dann nichts zu lachen haben.

Ueber den heutigen Verlauf der Verhandlung im Prozeß zur Verteidigung der Reichstagsbrandstifter meldet das Wolff-Büro:

KPD hatte mit Lubbe nichts zu tun!

Als erster Zeuge wird der frühere kommunistische Landtagsabgeordnete Kerff vernommen, der aus dem Sonnenberger Konzentrationslager vorgeführt wird. Ihm wird die Aussage des Zeugen Kunzall vorgehalten, daß im Jahre 1925 in Düsseldorf unter dem Vorsitz von Heinz Lehmann eine geheime Sitzung kommunistischer Funktionäre stattgefunden hat, an der Kerff und neben anderen holländischen Kommunisten auch der Angeklagte Lubbe teilgenommen haben soll. Kerff erklärt dazu, er müsse es für seine Person und seine Partei entschieden ablehnen, mit einem derartigen Element, wie Lubbe, irgend eine Verbindung zu haben.

Ein Zeuge aus Prag

Dann wird der Schriftsteller Rosner aus Prag vernommen, von dem die Verteidigung annimmt, daß er vielleicht mit van der Lubbe verwechselt worden ist. Rosner gibt an, daß er mit Dimitrow letztes Jahr. Der Zeuge gibt an, daß er mit Dimitrow 1932 mehrmals im „Bavariahof“ zusammengekommen sei. Van der Lubbe habe er zum erstenmale hier im Gerichtssaal gesehen. Auch Popow kenne er nicht.

Ein Meineldecker im Kreuzverhör

Nach der Pause wird der Kellner Helmer vom „Bavariahof“ dem Zeugen Rosner gegenübergestellt. Helmer erklärt, eine Verwechslung Rosners mit van der Lubbe sei ganz ausgeschlossen, er kenne Rosner ebenfalls und wisse, daß er im „Bavariahof“ gewesen sei.

Der Angeklagte Dimitrow hält dem Zeugen vor, daß nach der Aussage des Majors Schröder dieser den Ausländerlich im „Bavariahof“ nicht gesehen habe. Helmer sagt dazu, er habe bestimmt annehmen müssen, daß Schröder sich den Tisch angesehen hat, nachdem er von ihm besonders darauf aufmerksam gemacht worden sei. Schröder habe auch gesagt, er wolle sich die Leute ansehen. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß der Zeuge allerdings bei seiner Vernehmung gesagt habe, Schröder habe die Leute angesehen. Es wäre besser gewesen, wenn der Zeuge nur das Tatsächliche bezeugt hätte.

Dimitrow will sich selbst verteidigen

Auf eine Vorhaltung des Vorsitzenden erklärt Dimitrow schließlich, daß er sich selbst verteidigen werde. Er brauche weder Vormundschaft befreit zu werden. Er hätte von jeder stenographischen Protokollierung und jede eine Benachteiligung darin, daß sie ihm nur nach dem Ermessen seines Verteidigers zur Verfügung gestellt würden. Rechtsanwalt Dr. Teichert betont, daß Dimitrow von ihm die Stenogramme stets bekomme wenn er sie selber durchgearbeitet habe. Am übrigen müsse er erklären, daß er die Verteidigung so führe wie er sie für richtig halte. Der Oberreichsanwalt weist

darauf hin, daß nach der Prozeßordnung der Angeklagte keinen Anspruch auf Einsicht in die Akten habe, sondern nur der Verteidiger. Dimitrow könne nicht anders behandelt werden wie jeder andere Angeklagte.

Es wird dann der frühere kommunistische Abgeordnete Dr. Reubauer nochmals als Zeuge vernommen zu der Bekundung des Babistabführers Kaufmann, daß Dr. Reubauer am späten Nachmittag des 23. oder 25. Februar 1933 im Fahrstuhl zusammen mit seinem Sohne und dem Angeklagten Dimitrow gefahren ist. Dimitrow fragt den Zeugen Kaufmann, ob er seine Aussage noch immer aufrechterhalte und ob nicht die Möglichkeit einer Personenverwechslung bestehe. Zeuge Kaufmann: Ich kann meiner Aussage nichts hinzusetzen, ich halte auch eine Verwechslung nicht für möglich.

Russische und bulgarische Zeugen

Als Zeugin wird dann die russische Ärztin Frau Dr. Lissitschewa über den Aufenthalt Popows auf der Krim im Jahre 1932 vernommen. Die Zeugin gibt an, am 8. August 1932 sei Popow, den sie schon als 16jährigen Gymnasialisten in Bulgarien gekannt habe, mit seiner Frau in dem Sanatorium Sunk-Su auf der Halbinsel Krim eingetroffen; am 13. September seien beide nach Moskau zurückgekehrt. Auf die Frage des Oberreichsanwalts, wieso die Zeugin die Daten des Aufenthaltes von Popow so genau angeben könne, antwortet die Zeugin, daß sie im Sanatorium Rückfrage gehalten habe. Die amtlichen Listen über den Aufenthalt des Ehepaars Popow könnten herbeigeschafft werden.

Die Bulgarin Tschikalikova vertritt der Vorsitzende zuerst unvereidigt. Er macht sie darauf aufmerksam, daß sie als Verlobte des An-

geklagten Tanew ihr Zeugnis verweigern könne. Die Zeugin erklärt aber, daß sie ausagen wolle. Sie bekundet, daß Tanew vom November 1931 bis zum Jänner 1932 bei ihr in Philippopol und von diesem Zeitpunkt ab bis zum 21. September 1932 in Sofia mit ihr zusammengelebt habe. Er habe in dieser Zeit keine Reisen unternommen, sondern sei täglich mit ihr zusammen gewesen.

Nächste Woche in Leipzig

Darauf wird die Verhandlung auf Freitag verlagert. Der Donnerstag bleibt sittingsfrei. Der Vorsitzende teilt mit, daß der Strafenat am Freitag und nötigenfalls auch noch am Sonnabend in Berlin verhandeln werde, daß aber zu Beginn der nächsten Woche die Verhandlungen auf jeden Fall wieder in Leipzig stattfinden.

Dr. Sack zurückgetreten

Berlin, 15. November. (Zupref.) Seit Montag vergangener Woche hat der „Verteidiger“ Torgler, Dr. Sack, den Verhandlungen nicht mehr beigewohnt. Am Dienstag vertrat ihn noch sein Kompanion, Dr. Hellmann. Nachher verließ das Gericht ganz nebenbei, als handle es sich um eine ganz geringfügige Nebensache, daß Dr. Seuffert die Verteidigung Torglers mit übernehmen habe.

Dr. Seuffert hat sich bekanntlich dadurch ausgezeichnet, daß er mit van der Lubbe einen wahren Weltbetrübter austrägt, wer den Verhandlungen mit größerer Geistesabwesenheit und hartnäckigerem Schweigen beizuhören. Mit dem Rücktritt Sacks ist der letzte Rest einer Scheinverteidigung beseitigt. Torgler bleibt, endgültig und offen sichtbar, ohne Verteidigung.

545 gegen 11 Stimmen für Sarraut

Frankreichs Standpunkt unverändert

Fortsetzung der Völkerverbundpolitik Gleichheit nur bei Sicherheit

Paris, 15. November. Die Regierung Sarraut hat von der Kammer mit überwältigender Mehrheit das Vertrauensvotum erhalten. Bei der Abstimmung über den ersten Teil der Tagesordnung, für die Sarraut die Vertrauensfrage gestellt hatte, jenen Teil also, der die Bestätigung der allgemeinen friedlichen Politik Frankreichs enthält, wurden 545 Stimmen für und nur 11 Stimmen gegen die Regierung abgegeben. Der zweite Teil der Tagesordnung wurde mit 395 gegen 194 Stimmen angenommen.

Die vom Deputierten Delbos (Gruppe der radikal-republikanischen und sozialistischen Radikalen) eingebrachte Tagesordnung zerfällt in zwei Teile, über die getrennt abgestimmt wurde. Der erste Teil besagt:

„Die Kammer verurteilt die friedlichen Gefühle des Landes und bleibt den Grundgesetzen des Völkerverbundes als des Garanten der Freiheit und des Rechtes treu und ist von dem Bestreben geleitet, die freundschaftlichen Beziehungen Frankreichs aufrecht zu erhalten und zu erweitern.“

Dieser Teil der Tagesordnung wurde mit 545 gegen 11 Stimmen angenommen. Der zweite Teil der Tagesordnung lautet:

„Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung und hegt zu ihr, ohne daß sie ihre Wachsamkeit aufgibt, das Vertrauen, daß sie die Politik der internationalen Solidarität weiter verfolgt, die daraus abfließt, allen Völkern die gleiche Sicherheit zu gewähren, und zwar dadurch, daß eine kontrollierte und garantierte Abrüstung verwirklicht wird.“

Dieser Teil der Tagesordnung wurde mit 395 gegen 194 Stimmen angenommen.

Ruhige Worte Sarrauts

Vor der Abstimmung machte Ministerpräsident Sarraut weitere Ausführungen. Er erklärte, die Aufgabe der Regierung sei zuerst, kaltes Blut zu bewahren. Jede der Mütter in Frankreich mühe wissen, daß Frankreich neben der moralischen Macht noch seine materiellen und militärischen Kräfte zur Verfügung habe. Er würde von dem Rechte Frankreichs, das vier Jahrhunderte lang in einem ihm aufgezwungenen Kriege verwüstet worden sei, nichts nachlassen. Frankreich werde heute noch weniger aufgeben, das Terrain des Völkerverbundes, der Abrüstungskonferenz und der Zusammenarbeit aller Völker für die Verteidigung des Friedens. Es müsse mit seinen Freunden alle Anstrengungen machen, um eine Verständigung zu erreichen und wolle für seinen Teil die Hoffnung bewahren, daß Deutschland in Genuß ein Abkommen unterzeichnet werde, wenn es wahrhaft dem Frieden dienen will, wie der Reichskanzler es erklärt hat.

Auf die Erklärungen des Reichskanzlers Hitler antwortete ich freiwillig, klar und entschieden: Sie betonen Ihren Friedens- und Völkerverbundwunsch. Dieser Wunsch ist auch der Wunsch Frankreichs. Frankreich hat ihm seit langem vorgebracht. Frankreich hat diesem Wunsch Opfer gebracht, einem Wunsche, der stets die Politik Brandts befehle. Frankreich wünscht

mit dem ihm eigenen Adel, daß Deutschland seinen richtigen Platz im friedlichen Konzert der Nationen hat. Es ist gegenüber dem deutschen Leide nicht unempfindlich. Frankreich hat die Pflicht, einen aufrichtigen Verständigungswillen zu verlangen. Wir müssen loyal und ehrlich die Frage der Gleichberechtigung regeln.

Deutschland fordert die Gleichberechtigung, indem es erklärt, Frankreich habe sie ihm versprochen. Gleichheit ja, aber auch Sicherheit! Dieses Wort befindet sich in der Erklärung, auf die Deutschland sich beruft. Die Vertreter Frankreichs und die anderen Unterzeichner haben dieser Erklärung nur unter der Bedingung der Sicherheitsgarantie zugestimmt. Deutschland verlangt nur Gleichberechtigung, es läßt die Sicherheit bei Seite und hat die Abrüstungskonferenz verlassen. Der Gleichberechtigung ohne Gegenleistung setzt Frankreich das „Nein“ entgegen.

Die anderen Unterzeichner der erwähnten Erklärung können nicht anderes sagen als Frankreich. Frankreich ist bereit zu verhandeln, aber unter zwei Bedingungen: 1. daß die Verhandlungen im vollen internationalen Lichte geführt werden und 2. daß diese Verhandlungen auf normalem Wege vorbereitet werden. Frankreich wird mit Deutschland oder ohne Deutschland das Werk der Organisierung des Friedens fortsetzen und die Welt wird die Loyalität Frankreichs erkennen.

Dollfuß schimpft wie wütend auf die Internationalität der Sozialdemokratie

Wien, 15. November. Bundeskanzler Dollfuß hielt heute in drei Versammlungen in der Provinz politisch Reden, die von Beschimpfungen der Sozialdemokratie und ihrer Führer in einer Art Stroyten, wie sie bisher kaum noch von einem offiziellen Regierungschef gehört wurden. Besonders auf einer vaterländischen Kundgebung in Tulln leistete er sich die heftigsten Angriffe gegen die sozialdemokratischen „Bonzen“, die versucht hätten, das Ausland zur Rettung der österreichischen Demokratie zu mobilisieren, und die jetzt anfragen, „um ihren Hals zu zittern.“ Es werde die Zeit kommen, in der ein Trennungsschritt zwischen den „seitigen Bonzen“, die nur den internationalen Sozialismus wollen, und den Arbeitern gezogen werden wird, die „treu zu ihrem Vaterland“ stehen.

Das Novemberheft der „Tribüne“ ist soeben erschienen und enthält folgende Beiträge:

Emil Franzos: Ditters neue Außenpolitik.
Josef Hoffbauer: Von Mafflon zu Mafflon.
Karl Rantky: Der Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie.
L. Goldschmidt: Gegen Kriegsgefahr, Verhinderung und — Boykott!
Karl Kern: Der Krieg ist möglich!
Erich Keller: Stabilisierte Verweigerung.
Alfred Wolf: Der Zusammenbruch der kleinbürgerlichen Welt und die sozialistische Politik.
Bemerkungen.
Bücherchau.

Bestellungen sind zu richten an die Vertrauensleute, Parteisekretäre, Schriftstabenstellungen und Volksbuchhandlungen oder direkt an die Verwaltung der „Tribüne“, Prag II, Kefajanta 18.

Ermächtigungsgesetz im Senat

Prag, 15. November. Die in jüngster Zeit üblich gewordene einstündige Sitzungsdauer hat der Senat auch heute bei der Verhandlung der Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes bis Ende Juni 1934 nicht überschritten.

Der Referent Dr. Savella unterstrich, daß die außerordentliche Verordnungsgewalt der Regierung bloß auf wirtschaftliche Dinge beschränkt bleibt. Durch die vorgenommene Umfälligung des Artikels II sollte jeder Zweifel beseitigt werden, daß keinesfalls durch eine solche Regierungsverordnung auch in einem Hauptpunkt ein Fragekomplex gelöst werden könnte, die der außerordentlichen Verordnungsgewalt vorbehalten ist.

In der Debatte sprachen lediglich Mikulisek, der sich u. a. darüber beschwerte, daß die Notverordnungen noch nicht im Parlamentsplenum verhandelt wurden und daß die Regierung noch nicht gegen die Kartelle eingeschritten ist. Die Rede war mit seinen gewohnten Krisenandrücken nur so gefüllt.

Ein Redner der Linkspartei erklärte, obwohl die inneren und äußeren Verhältnisse auf ein Ermächtigungsgesetz drängen, könne keine Partei doch nicht diese Woche in die Hände einer tschechischen Regierung legen.

Um die Anerkennung Rußlands

Die Nationaldemokraten bleiben starktölplich.

Nach Annahme des Ermächtigungsgesetzes in beiden Lesungen wurde noch das Handelsvertragsprovisorium mit Polen vom 6. Oktober d. J. angenommen. Hierzu hatte der Außenminister eine Resolution beantragt, in der die Regierung aufgefordert wird, für die Aufnähmung von Beziehungen zu den Sowjets zu sorgen.

Diese Resolution brachte, obwohl darin gar nicht die de jure-Anerkennung der Sowjets gefordert wird, sofort die Nationaldemokraten auf den Plan, deren Sprecher Savlin verlangte, daß alles, was für sämtliche Koalitionsparteien verpflichtend sein soll, erst vorher in der Koalition verhandelt werde. Wegen einer wirtschaftlichen Annäherung mit Rußland stelle sich seine Partei nicht, aber gegen eine de jure-Anerkennung. Die jüngste Wendung Amerikas in dieser Frage dürfe man nicht zum Vorbild nehmen. Die Referentin Plankova versicherte, daß es nicht um die de jure-Anerkennung gehe, und daß wir bei den Verhandlungen mit Rußland keineswegs von dem moralischen Standpunkt des Senators Savlin abweichen müßten.

Die Abstimmung über die Resolution, die erst bei der zweiten Lesung erfolgt, wurde nicht durchgeführt, da die Vorlage heute nur in erster Lesung angenommen wurde. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Genosse Haase Mitglied des Kohlenrats. Wie der „Glückauf“ meldet, hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten an Stelle des verstorbenen Genossen Adolf Pohl den Genossen Emil Haase zum Mitglied des Kohlenrates und als Ersatzmitglied statt des bisherigen Genossen Johann Korschinsky den Gen. Alfred Bönsch ernannt.

Das scheint darauf hinzuweisen, daß man sich im Lager der fascistischen Reaktion der Hoffnung hingibt, eine Spaltung innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie zu erzwingen. Vor allem hoffen die politischen Spekulanten, daß es zu einer rechten Abpflückerung nach französischem Muster kommen werde. Sie stützen sich dabei offenbar auf die Tatsache, daß eine Reihe von sozialdemokratischen Funktionären bemüht gewesen ist, mit dem demokratischen Flügel der Christlich-sozialen eine friedliche Lösung des Konfliktes zu erreichen. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, daß die fascistischen Experimente nur dazu geführt, die Arbeiterklasse immer weiter zu radikalisieren und die ganze Partei zu einer noch entschiedeneren Politik zu treiben.

Das Land der Bestialität

Walter Tschuppik erzählt

Der Prager Journalist Walter Tschuppik, der im Münchner Gefängnisstrafe festgehalten wurde, ist auf Grund eines Artikels des englischen Journalisten Noel Pantier, der bekanntlich im gleichen Gefängnis untergebracht worden war, in Freiheit gesetzt worden. Walter Tschuppik erzählt über seine Haft im „Prager Mittag“ u. a.:

„Ich habe während meiner Haft, auf dem Gange des Polizeigefängnisses Hunderte und Hunderte von Gefangenen kennengelernt und habe auf diese Art von Dingen erfahren, die in Deutschland ängstlich verborgen gehalten werden und von denen man sich im Ausland nichts träumen läßt. Ich habe auf diese Weise erschütternde Schicksale kennengelernt. Ich weiß, daß viele hunderte armer Menschen das Opfer einer Willkür und einer Anarchie sind; daß in deutschen Gefängnissen Menschen auf Befehl eines der vielen Despoten in den SA und SS festgehalten werden, ohne daß sie Hitler oder der Reichsjustizkommissar krank befreien können, auch wenn sie es befehlen. Das Münchener Polizeigefängnis und das Dachauer Lager beherbergt Privatgefängnisse Goerings und Rohms wie einst die Weiskammern von Venedig oder die Bastille in den Zeiten mittelalterlicher Despotie und Unmenschlichkeit. Ich habe Frauen gesehen, die wochenlang in Einzelhaft festgehalten worden sind, nur aus dem Grunde, um ihre Gatten zu quälen und gefügig zu machen. Viele Wochen lang war die Frau Stefan Voranis in Einzelhaft, viele Monate lang (sieben) wurde die Redaktionssekretärin Fräulein Federichmidt in München und Stadelheim gefangen gehalten, ohne die geringste Schuld und ohne daß ihnen jemals eröffnet worden wäre, warum. Niemand ist in Deutschland seines Lebens und seiner Freiheit sicher. Es genügt eine Denunziation, um hinter Gefängnismauern zu verschwinden. Ich kenne hunderte solche Fälle und kann Namen und Einzelheiten nennen.

Nun, ich sage ja nichts Neues, aber ich muß es mit der ganzen Kraft, die mir geblieben ist, wiederholen und in die von Hitlerismus bedrohte Welt hinausgeschreien: Deutschland ist ein Land der Bestialität und Gemeinheit geworden. Was heute dort Menschen leiden, körperlich und seelisch, übersteigt das Maß des Vorstellbaren. Die Welt ist, trotz aller Berichte, nicht imstande, sich ein Bild davon zu machen, was in Deutschland vorgeht. Die Welt weiß nicht, in welchem Maße sie bedroht ist.“

Neuwahlen in Rumänien am 17. Dezember?

Bukarest, 15. November. Heute tritt das Parlament zu einer Sitzung zusammen, in welcher sich das neue Kabinett vorstellen wird. Das Parlament wird in den nächsten Tagen aufgelöst und die Neuwahlen wahrscheinlich für den 17. Dezember ausgeschrieben werden.

Die gesamte Presse begrüßt es, daß Titulescu als Außenminister im neuen Kabinett verbleiben ist. Titulescu ist somit zum fünftenmale rumänischer Außenminister. Die rumänische Presse betont diese Kontinuität der rumänischen Außenpolitik.

Japanische Kriegspartei dringt vor

Tosio, 15. November. (Reuter.) Im Kriegsmarineministerium werden wichtige Personaländerungen an den hohen Kommandostellen angekündigt. Die Art dieser Veränderungen beweist den Sieg der Vertreter einer starken Kriegsmarine. Man glaubt, daß die Änderungen in direktem Zusammenhang mit der Agitation unter den Marineoffizieren für den Prozeß gegen einige Marineoffiziere vor dem Kriegsgericht wegen des Attentates auf den Ministerpräsidenten Inukai stehen, aber auch im Zusammenhang mit der Unzufriedenheit, welche durch das Londoner Abkommen über die Begrenzung der Seerüstungen hervorgerufen worden war.

Der Boykott wirkt!

(I. T. F.) Die Nr. 11—12 von „Arbeit und Staat“, Organ des faschistischen „Deutschen Arbeiterverbandes der öffentlichen Betriebe“, verschwendet fast eine ganze Seite seines kostbaren Papiers über einen Briefanschlag des holländischen Transportarbeiterverbandes, der mit einer zum Boykott deutscher Waren auffordernden Briefverkehrsliste versehen war.

Die Wutausbrüche des Regimeintoxizierten, der dem abgebildeten Briefanschlag in dem Naziorgan beigegeben ist, lassen darauf schließen, daß der Boykott der zivilisierten Welt gegen das Barbarientum Hitlerdeutschlands nicht so wirkungslos ist, wie es der Naziführer gerne wahr haben möchte, sondern im Gegenteil das nationalsozialistische Regime an einer sehr verwundbaren Stelle trifft. Das mag ein Ansporn für die noch nicht unter dem Terror des Faschismus lebenden Arbeiter aller Länder sein, den wirtschaftlichen Boykott gegen die Heuler und Gefängniswärter der deutschen Arbeiterbewegung mit verstärkter Kraft fortzusetzen.

Der völkische Korruptionsherd Marienbad

Krankenkassendeckelant Kadler — ein deutschnationaler „Ehrenmann“ — Antimarxisten als Korruptionisten

Zu der bereits gemeldeten Unterschlagung des Kassiers Kadler von der Marienbader Krankenkassa wird uns von gut informierter Seite geschrieben:

Die Höhe des Schadens läßt sich vorläufig nicht feststellen, da nach Angabe Kadlers seine betrügerischen Manipulationen schon bis auf das Jahr 1926 zurückgehen. Durch rasches Zugreifen sicherte der Vorstand und Ueberwachungs-ausschuß für die Kassa Vermögenswerte Kadlers im Betrage von etwa Ka 40.000, so daß wenigstens ein Teil der Verluste gedeckt wird. Auch haben sich Verwandte Kadlers bereit erklärt, eventuell zuzustehen.

Kadler war ein eifriger Deutschnationaler und spielte bei verschiedenen nationalen bürgerlichen Vereinen eine große Rolle.

Vor Jahren übertrug ihm die nationale Stadtverwaltung als Nebenamt die Verwaltung des städtischen Krankenhauses. Wie erst jetzt bekannt wird, gab es schon 1931 dort anlässlich einer Revision durch den Landesrevisor große Anstände. Es wurde festgestellt, daß Kadler keine Bücher führte und an Geld nur abführte, was er wollte, ohne je kontrolliert zu werden.

Der Revisionsbericht wurde nicht einmal dem Stadtrate zur Kenntnis gebracht. Der einzige Erfolg war, daß durch einen Rent-

amtsbeamten eine Buchführung eingerichtet wurde. Eine Nachkontrolle für die abgelaufenen Jahre fand nicht statt, Kadler wurde zu keinem Erfah herangezogen und sogar in seiner Stellung belassen, die er im Oktober 1932 selbst aufgab, offenbar, weil bei der neuen Art der Buchhaltung nichts mehr zu „verdienen“ war.

Es ist charakteristisch, daß die Bezirkskrankenkassa von dem Bürgermeister über den Vorfall überhaupt nicht verständigt wurde.

Wäre dies geschehen, hätte Kadler nicht so lange sein Wesen treiben können. Seine Stellung in der deutschnationalen Gesellschaft behielt er bis zum letzten Tage bei. Es ist dies nicht der einzige Fall, daß Unterschlagungen deutschnationaler oder nationalsozialistischer Angestellter bei der Stadtgemeinde Marienbad vertuscht wurden. Eben jetzt ist die Untersuchung über Unregelmäßigkeiten im Kurresort im Gange, wobei Schwebeträge zwischen Ka 100.000 und Ka 200.000 der Aufklärung harren. Und der beschuldigte Beamte funktioniert ruhig weiter. Die Skandalgeschichten der beiden Nazisabträte Rauwolf und Gleisinger sind noch in frischem Gedächtnis. Wo man anpackt, bricht mit Korruption und Skandal die Eiterbeule auf, in welche durch 15jährige schrankenlose deutschnational-hakenkreuzlerische Parteiwirtschaft die Gemeinde Marienbad zugrunde gerichtet und dem Ruin zugeführt wurde.

Geständnisses Rodojils wurde auch seine Frau und am Dienstag sein Genosse Cervinka mit seiner Geliebten in Auffig verhaftet.

Kein Nobel-Friedenspreis . . .

Stockholm, 15. November. Der Nobelausschuß hat bestimmt, daß gleich wie im Vorjahr auch heuer der Nobelfriedenspreis nicht zur Verteilung gelange.

Selma Lagerlöf boykottiert.

Karlsruhe, 15. November. (Zupress.) Nach einer Mitteilung der Pöster „National-Zeitung“ hat die schwedische Schriftstellerin Selma Lagerlöf, die Inhaberin des Nobelpreises für Literatur von 1909, ihr letztes Werk dem „Internationalen Komitee zur Unterstützung der politischen Flüchtlinge liberaler Berufsarten“ geschenkt. Die finanziellen Erträge dieses Buches, das in allen Ländern Europas vertrieben wird, sollen den deutschen Emigranten zugewendet werden. Dazu schreibt die deutsche Nazipresse: „Wer künftig, solange die Dichterin sich solchermassen gegen unser neues Vaterland bekennt, noch ein Buch der Lagerlöf kauft, schädigt Deutschland.“

Wölfe zerreißen siebzehn Zigeuner.

Sarajewo. In den bosnischen Wäldern hat sich eine schreckliche Tragödie abgespielt. Ein Trupp von sechs Gendarmen, der eine siebzehnlöpfige Zigeunersfamilie verfolgte, die in Doboj einige Diebstähle ausgeführt hatte, stieß in der Krnina Blatina auf die Familie, die nach einem schauerlichen Kampfe von Wölfen zerrissen und aufgefressen worden war. Knochen und Fehen von Kleidern lagen herum. An manchen Stellen stand das Blut bis zu den Knien. Es ist anzunehmen, daß alle siebzehn Mitglieder der Familie, die aus sieben Erwachsenen und zehn Kindern im Alter von sechs Monaten bis zu zwölf Jahren bestand, von dem Zigeunerlager führten blutige Schleißspuren in verschiedenen Richtungen davon. Die Wölfe haben offenbar die Leichen zum Teil in ihre Schlupfwinkel geschleppt, um sie dort in ungestörter Ruhe verzehren zu können. In der Umgebung herrscht eine Panik.

Während Millionen hungern . . .

New York, 15. November. Das zweite reichste Mädchen Amerikas, Prinzessin Alexiji Mdivani, die ehemalige Barbara Hutton, erlangte Dienstag die Volljährigkeit und kam in den Besitz eines Drittels des ungeheuren Vermögens, welches der verstorbenen F. W. Woolworth angehäuft hatte. Ihr persönliches Vermögen allein beziffert sich auf 20 Millionen Dollars.

Osten der Republik wieder von Hochwasser bedroht.

Gefährliches Ansteigen aller Flüsse.

Rafshan, 15. November. Nach den großen, stellenweise noch andauernden Regenfällen im ganzen Gebiete der Dsisslowalei und Karpathorusslands sind die Flüsse gefährlich angestiegen. Ueberall steht der Sicherheitsdienst in Bereitschaft, besonders während der Nacht. Heute verzeichnet der Slana-Fluß bei Kostov plus 231 Zentimeter über dem Normalstand, und falls die steigende Tendenz anhält, droht der ganzen Gegend eine Katastrophe. Auch der Laborsk-Fluß ist über die Ufer getreten, weist heute einen Stand von plus 210 Zentimeter auf und steigt weiter. In Michalovce ist das Wasser aus den Kanalabflüssen herausgetreten



Arthur Senderfon
Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, hat die Absicht, sich von seinem Posten zurückzuziehen.

Die Helden. Im Konzentrationslager auf dem Heuberg haben 454 Internierte „gewählt“. Für die „Volksabstimmung“ votierten 345 mit Ja, 63 mit Nein; 46 waren unglücklich. Für die Reichstagswahl wurden abgegeben 313 Stimmen für die NSDAP; 132 Stimmen waren unglücklich. Man hat in „Stufen 1, 2 und 3“, also in drei Gruppen, abstimmen lassen, damit die politische Haltung der einzelnen Gruppen besser erkennbar wurde. 100 Häftlinge sind inzwischen bereits entlassen worden.

Der Ueberfall am Stürmer aufgeklärt. Der von uns gestern gemeldete Ueberfall auf drei Touristen im Gebiet des Stürmer bei Nilsberg hat sich als eine Erfindung der Touristen herausgestellt. Die unablässigen Nachforschungen der Gendarmerie haben ergeben, daß die verlegte Frau von den Mitgleitern selbst angefaßt worden ist. Einer hat unvorsichtig mit der Pistole hantiert, die sich entlud und das Fräulein verletzte.

Waffenpaß-Gebühren herabgesetzt. Das Innenministerium hat die Bezirksbehörden angewiesen, daß die im Herbst dieses Jahres erhöhten Gebühren für Waffenpässe insofern ermäßigt werden, als die dreijährige Waffenpaßgebühr für Schrotflinten von 200 Ka auf 150 Ka herabgesetzt und über Verlangen auch Waffenpässe für ein Jahr mit der Gebühr von 50 Ka, für zwei Jahre mit einer Gebühr von 100 Ka ausgestellt werden können. Die Ermäßigung der Gebühren ist nur für Schrotgewehre zulässig. Die Bezirksbehörden können aber auch nach den Vermögensverhältnissen des Bewerbers höhere Gebühren einheben.

Rache aus Rache. In Stanislaw wurde der Direktor des städtischen Spitals Dr. Lachmund von dem vor kurzem aus dem Spitaldienste entlassenen Monteur Noy durch Revolvererschüsse getötet. Noy versuchte nach dem Attentat Selbstmord zu begehen, erlitt jedoch nur schwere Verletzungen. Das Motiv der Tat ist Rache wegen der Entlassung aus dem Dienste.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag.
Prag 13.45: Schallplatten, 16.00: Konzerte, 17.05: Ondricek-Quartett, 18.30: Deutsche Sendung, 19.00: Weinhuber: Das Recht im Alltag, 21.00: Karl Poladet: Journalistisches Wörterbuch, 22.15: Russische Berichte — Brünn 12.35: Mittagskonzert, 15.40: Frauenfunk, 18.05: Prof. Dozial: Vilde Kunst, 18.25: Deutsche Sendung: Sportberichte, 19.25: Volksblasorchester, 20.00: Männerchor, 20.35: Klavierkonzert. — Raftau 12.30: Mittagskonzert, 18.40: Sport und Touristik. — Wien 16.35: Frauenfunk, 19.00: Vom lieben Augustin bis Vater Strauß, 20.00: Die Ziniflut, Drama von Barlach.

Dem Kind des Arbeiters
das sozialistische Kinderbuch!
Tirilin reist um die Welt
von Fritz Rosenfeld.
Durch alle
Ortsgruppen der „Kinderfreunde“
um nur **K 12.—**
(früher 3 Mark) zu beziehen.

Die Türmiger Posträuber verhaftet.

Auffig, 15. November. Bekanntlich versuchten zwei Männer am Samstag in Türmitz, zwei Postfäße, in welchen sich 40.000 Ka befanden, zu entwenden. Auf der Flucht warfen die beiden Männer die Säcke mit dem Gelde weg. Der Raub ist ihnen zwar nicht gelungen, doch gelang es ihnen, zu entkommen. Die Gendarmerie konnte sie aber rasch feststellen und verhaften. Noch in der Nacht auf Dienstag wurde in Türmitz ein gewisser Rodojil verhaftet, welcher das Geständnis ablegte, daß er in Gemeinschaft mit einem zweiten, namens Cervinka, schon seit dem Frühjahr an den Ueberfall eines Postwagens gedacht hat. Er verschaffte sich deshalb einen Sperhaken, mit welchen beide während der Fahrt die Tür des Postwagens öffneten. Auf Grund des

und überflutet die linke Hälfte der Hauptstraße. Die Latorica weist bei Cop einen Stand von plus 334 Zentimeter auf. Auch die Tcheih ist bei Bytol stark gestiegen; in Cop ist sie jedoch zurückgegangen und weist heute für 80 Zentimeter über dem Normalstand auf. Der Abfluß führt gleichfalls Hochwasser. Am bedenklichsten ist der Harnad-Fluß gestiegen, der bei Spis. Blach plus 155 Zentimeter, in Kosice plus 122 Zentimeter über dem Normal steht, doch wird erst für die Abendstunden die Flut erwartet.

Auch alle übrigen ostslowakischen und karpathorussischen Flüsse zeigen steigende Tendenz.

„Neu beginnen!“ FASCHISMUS ODER SOZIALISMUS

Diskussionsgrundlage zu den Streitfragen des Sozialismus in unserer Epoche.

Heft 2 der Sozialdemokr. Schriftenreihe, 64 Seiten. Mit karton. farbigem Umschlag. Preis Kt. 4.— / österr. Schilling —85 / schw. Fr. —60 / holl. Gld. —30 / frz. Frcs. 3.— / \$ —20 / Pfund —,10

Aus dem Inhalt:

Die geschichtliche Situation / Die Widersprüche des kapitalistischen Systems / Ursachen, Wesen u. Bedeutung des Faschismus / Die historische Perspektive des Weltkapitalismus / Der sozialistische Ausweg / Bürgerliche und proletarische Revolution / Was führte zum Scheitern der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland? / Hat der Marxismus versagt? / Unsere Stellung zu den Bolschewiki / Die politischen Ziele unserer antifaschistischen Arbeit / Ziele und Wege / Das Schicksal der deutschen Sozialdemokratie / Die internationale Politik der deutschen Sozialisten.

Auslieferung

durch alle größeren Buchhandlungen bzw. durch den Verlag „Graphia“, Karlsbad (Kantstraße)

Wir amnestieren nicht!

Die Hitlerregierung will — eine Amnestie verkünden, weil nach dem „Wahl“-ergebnis die Opposition „nicht mehr gefährlich“ sei.

Amnestie —? Amnestie —? Es wird Euch nichts nützen,

Damit wascht Ihr Eure Schande nicht fort, Nord, Reichskanzler Hitler, bleibt trotzdem Nord! Euch wird auch diese Geste nicht schämen. Die Kameraden, die Ihr zerstreut, die unter der Erde geschändet schlafen, die pfeifen auf Ihre Versöhnungsreden, die waren Helden, und keine Sklaven —! Die Mahner der Zukunft, die diesen Genossen, die Euer Mordblei von hinten traf, die Ihr, wie Ihr nennt, „auf der Flucht“ erschossen, die Eure Angst nicht mehr aus dem Schlaf, Reichskanzler Hitler, es kommt das Gericht, Wir, Hitler, wir amnestieren nicht!

Jetzt treibt sie die Furcht und das schlechte Gewissen, jetzt soll das alles vergessen sein, Am Grabe der Opfer sollt ihr es wissen, Verschönerung mit Euch? Nein, nochmals nein! Das tausendfach vernichtete Leben, die wollt Ihr vor seiner Klage bestehen? Euch sollen wir unsere Hände geben — Den Mörder verfühlt in die Augen sehn —? Die Qualen, die Not der vielen, vergessen, die, ihrer Menschenwürde beraubt, in Euren Stachelbraut-Hölln gefesselt, weil sie an ihre Sünde glauben —? Reichskanzler Hitler, es kommt das Gericht, Wir, Hitler, wir amnestieren nicht!

Erdbeben in Chile.

Santiago de Chile, 15. November. Das Erdbeben, von welchem gestern Chile heimgesucht wurde, ist das größte während der letzten neun Jahre. Die vom Schreden erfüllte Bevölkerung verließ eilends die Wohnungen und lagert auf breiten freien Plätzen. Die größten Schäden werden aus der Provinz Mendoza und San Juan gemeldet.

Die Schweine von Chicago.

Sagen Sie einmal, Sie, der Sie seit Jahren arbeitslos sind, der Sie seit Jahren das, ach so dürstige Hungerbrot des Unterdrückten essen müssen, erinnern Sie sich vielleicht noch dunkel daran, was ein Schweinebraten ist —? Es ist gewiß eine ferne, ferne Erinnerung für Sie, ein einschmeichelnder Duft von Geborgenheit und Frieden steigt von ungefähr in Ihre schnupfernde Nase und Sie greifen sich verwundert an den Kopf. Haben Sie Halluzinationen? Aber ich will Ihnen sagen, wie dieser perverbe Luxus in ihr entbehrungsgewöhntes Gemüt Einzug gehalten hat. Sie haben heute in die Zeitung geblickt, so im Vorbeigehen, denn kaufen können Sie ja keine mehr, und da ist Ihnen etwas in die Augen gefallen, eine schlichte, kleine Meldung aus Chicago in U. S. A. Ganz winzig gefeilt, untergehend in dem Wust knalliger Sensationen, die sie in ihren Schatten gleichsam verdorren ließen. Aber immerhin . . .

In der vorigen Woche sind in Chicago 200.000 Schweine umgebracht und das Fleisch durch Verbrennen vernichtet worden, um, ja wirklich, so steht es in dieser Meldung, um ein Sinken der Schweinepreise zu verhindern. Was, so grübeln Sie, und eine Welt, der Empörung steigt Ihnen glühend in die Stirn, ist diese Welt wahnsinnig geworden? Da hungern Millionen und Abermillionen auf dieser schmerzreichen, in Tränen und Blut abgedröckten Erde, da sind Millionen und Abermillionen,



So bleibt der Pullover mollig

und die Farben behalten ihre Frische. Wolle wird beim Waschen nichts von ihrer Elastizität und Weichheit verlieren: wenn Sie mit LUX waschen. Denn LUX erhält Wolle weich und zart.

LUX

für Wolle und alle feine Wäsche

Niemals lose, nur echt in der blauen Packung

Jetzt erst recht sozialistische Erziehung!

Die Not der Zeit, die drückende Krise, die Massenarbeitslosigkeit und die politischen Verhältnisse der Welt lenken das ganze Sinnen und Trachten unserer Genossen auf die Vereinskampfe gegen die Angriffe der Klassengegner. Im Mittelpunkt alles Denkens und aller Sorgen steht das Heute der Arbeiterklasse. Und dennoch weist ein ganz markanter Teil des Geschehens von heute in die Zukunft und erweckt besondere Sorge für das Morgen und um die, die es einst gestalten sollen, um unsere Kinder. Die Welt des Kapitals tracht in allen Fugen, der Faschismus, der sich als Retter des Besten in letzter Minute vor den Verfall stellt, wird unweigerlich mit in den Abgrund gerissen und die junge Generation erwartet der Kampf um den Neuaufbau einer Welt des Sozialismus. Mehr denn je ist es daher gerade jetzt nötig, der neuen Aufgabe neue Menschen zu erziehen. Noch gibt es viele Arbeitereltern, die die Erziehungskunst des Bürgertums restlos übernommen haben. Es ist hoch an der Zeit, den Arbeitereltern, den künftigen Müttern und Vätern Hilfen zu geben, die Lebensführung des Nachwuchses im sozialistischen Sinne einzuleiten: Charaktere zu formen. Es ist wahr: Erziehung ist das schwierigste Menschenwerk. Nicht wenige Pädagogen haben versucht, der bürgerlichen Erziehung bessere Ideale zu setzen. Ideale, die das nachwachsende Geschlecht zum reinen Menschentum führen sollten. Aber diese Ideale waren für die Gesamtheit des Menschengeschlechtes unwirksam, weil sie nicht in der allgemeinen Lebenshaltung des Bürgertums liegen. Sie sind noch heute schön gefeyerte Begriffe und unentbehrliche Requisiten auf der Bühne des Lebens, doch sind sie unwahr. Das Bürgertum hat sie nicht aus seiner tiefsten Lebensauffassung erträumt, ersehnt, getollt.

Wir wollen mit diesen Behauptungen weder den einzelnen Bürger noch das Bürgertum verächtlich machen. Wir wissen, das Bürgertum hat Menschen mit edlen hohen Idealen und wunderbarer Herzensbildung hervorgebracht. Diese haben die Welt mit löstlichen Gütern bereichert; und der Gemeinschaft ihr Herzblut gegeben. Aber diese Menschen sind die seltenen Ausnahmen, die dem allgemein-kleinbürgerlichen, ichsüchtigen Erziehungswerk durch eigene Kraft entronnen, darüber hinausgewachsen sind.

Anders beim Proletariat! Nehmt einmal den ganzen geistigen Inhalt des proletarischen Befreiungskampfes, nehmt allen Willen des gewaltigen Ringens um Freiheit und Recht, nehmt die ganze Sehnsucht der Klasse nach Menschlichkeit; auf diesem Untergrund müssen die Erziehungs-ideale der Arbeiterklasse wirksam werden. Denn die Lebenshaltung des Arbeiters drängt ihn, naturgemäß hin nach jenen sozialen Werten, die die Gemeinschaft tragen. Hier liegt der Scheidepunkt im Erziehungsgedanken zwischen dem Bourgeois und dem Sozialisten. Ihr seht, wie ein neues Denken notwendig wird, ein anderes Fühlen, ein neues Wollen! Wie die alten Werte haltlos werden, keinen Boden mehr haben! Wie der Sozialist in seiner Gesamtheit gesondert dasteht! So springt, ganz naturgemäß, aus dieser Einstellung die ganz richtige Erziehungsrichtung des Proletariats hervor, es gilt nur noch, den Erziehungswillen lebendig zu machen und in förmlich rhythmischer Weise durch immer wiederkehrende Impulse lebendig zu erhalten. Deshalb trotz der Lage von heute und wegen der Lage von heute: Kämpfe mit dem Verein „Kinderfreunde“ für die sozialistische Erziehung der jungen Generation!

die die Not und die Qual des Hungers ruhelos durch alle Stationen der Verzweiflung hegt, und in Chicago vernichten sie das Fleisch von 200.000 Schweinen —?

Damit die Riefengewinne der Hyänen, die aus dem Blutdunst der großen Schlachthäuser ihre fetten Dividenden ziehen, nicht sinken, damit das Fleisch — o schrecklicher Widerwärtiger dieser bestialisierter Epoche — nicht billiger werde, damit der Hunger nicht gestillt, der Arme nicht gesättigt werden kann, steden sie ihre höllischen Vernichtungseuer an.

Nicht in den großen Bankettreden, der Wirtschaftskapitäne, auf denen es von edlen und pathetischen Phrasen nur so widerhallt, auf denen von Patriotismus, Vaterland und Volksgemeinschaft gesprochen wird und der Profit gemeint ist, zeigt sich das wahre Gesicht des untergangstreifen, unmenschlichen Kapitalismus, sondern in diesen kleinen Meldungen, die, beschattet vom Lament der historischen Ereignisse, im Schatten des Zeitungswinkels verdorren —!

Monteur vom Starkstrom getötet. Gestern um 14 Uhr 14 Minuten entstand im Transformatorraum der Elektrizitätszentrale Prag-Süd in Prag-Michle ein Kurzschluss. Infolgedessen wurde der von dieser Stelle aus vorjorgte südliche Teil von Groß-Prag von der Stromlieferung ausgeschlossen. Die Unterbrechung der Stromlieferung dauerte 15—20 Minuten. Den Kurzschluss verursachte der Monteur K. Kroc, der irrtümlicherweise mit der Einrichtung der 22.000 Volt-Spannung in Berührung kam. Er erlitt infolge des Kurzschlusses Verbrennungen, denen er sogleich erlag.

Ein Bischof betätigt sich nützlich. Auf der britischen Insel Trinidad, aus der Inselgruppe der Kleinen Antillen vor dem südamerikanischen Festland, hatten die Kakaohändler beschlossen, um das herrschende Ueberangebot zu beseitigen, eine große Menge Kakaos ins Meer zu schütten. Davling, der Erzbischof von Port of Spain, veröffentlichte einen scharfen Protest gegen die Zerstörung von Lebensmitteln, zu einer Zeit, in der ein großer Teil der Bevölkerung durch die letzte

Wirbelwindkatastrophe in Not und Elend lebten. Der Protest fand den stärksten Widerhall in der Öffentlichkeit und der Verband der Kakaohändler sah sich gezwungen, von der Vernichtung abzulassen. Er ließ durch seinen Syndikus dem Bürgermeister von Port of Spain mitteilen, daß der Kakaos an den Teil der notleidenden Bevölkerung verteilt werden könne.

Flucht aus dem Dritten Reich in die Fremdenlegion. „Matin“ meldet aus Mex, der Andrang junger Deutscher, welche sich zur Fremdenlegion antwerben lassen wollen, sei in der letzten Zeit ein so großer, daß die Affektierungskommission in Mex nur zehn Prozent der Bewerber annehmen. Dieser Tage wurden neuerdings fünf abgelehnte deutsche Bewerber zur Grenze zurückgebracht.

Creme als Vuderunterlage.

Von Emmy Hartmann.

Morgens braucht man eine Creme, die die gereinigte und erfrischte Haut gegen Eindringen von Schmutz schützt, und bei Anwendung von Vuder als Unterlage dienen soll. Es ist nicht angängig, hierfür ein bestimmtes Fabrikat oder auch nur ein altes ein gültiges Rezept zu nennen. Bei der Auswahl muß die individuelle Beschaffenheit der Haut maßgebend sein. Beispielsweise gibt bei trockener Haut folgendes erprobte Mittel eine gute und gleichzeitig nährende Basis für Vuderauflage:

- Süßes Mandelöl 40 Gramm
- Rosenwasser 40 "
- Benzoeintur 1 25 "
- Walrat 10 "
- Weißes Wachs 10 "

Diese Creme ist auch für Herren als Tages-Creme oder nach dem Rasieren empfehlenswert, da sie die Haut geschmeidig macht. Wir weisen aber nochmals darauf hin, daß die hier beispielsweise gebachten Rezepte keine Allgemein-gültigkeit besitzen, sondern daß die Mittel stets der Hautbeschaffenheit anzupassen sind. Jeder muß also seine Haut kennen. Im Zweifelsfalle hole er sachverständigen Rat.

Die Notlage der Berufsmusiker.

Ein beinahe trostloses Bild der gegenwärtigen Notlage der Berufsmusiker enthüllte eine öffentliche Mitgliederversammlung, die der „Verband der Musikerorganisationen in der Republik“ Dienstagabend im Stadtvogel-Saal des Gemeindehauses abgehalten hatte. Gegenstand der Versammlung war die wirtschaftliche und künstlerische Not des Musikerstandes, ihr Ziel, Mittel und Wege zur Beseitigung oder Milderung der gegenwärtigen Zustände zu finden. An der Versammlung beteiligten sich nicht nur die maßgebenden Vertreter der einzelnen Musikerorganisationen, sondern auch Volksvertreter fast aller politischen Parteien. Daß letztere Unterstützung und Hilfe versprochen, ist sicher sehr zu begrüßen, aber wesentlicher und wichtiger schien der Appell eines Redners, alle Sonderinteressen der einzelnen Musikerkreise beiseite zu lassen und in einheitlicher Organisation Schutz und Hilfe zu suchen. Diese und diesen versprechen sich alle Musiker von der seit langem erstrebten Schaffung eines Musikerschutz-Gesetzes, das geeignet wäre, die Berufsmusiker im Kampfe um Brot und Stellung wirksam zu unterstützen und zu schützen.

Das umfangreiche, höchst anschauliche, durchaus sachlich und darum auch vollkommen überzeugende deutsche Referat bei der Versammlung erstattete unter dem Titel „Die heutige Wirtschaftslage der ausübenden Musiker“ der Sekretär des „Deutschen Musikerverbandes“ mit dem Spitznamen „Tepitz-Schönau“ Edward Schwarz, der wohl ershöpfend alles sagte, was zur Not der Musiker, zu ihrer Behebung und damit auch zum Schutze der Berufsmusiker zu sagen und zu fordern ist. Von der allgemeinen Wirtschaftskrise ausgehend, die in besonderem Maße den Musikerstand betrafte, weil die Not der Zeit dem Bürger nichts übrig lasse für die Befriedigung seiner Musikinteressen, kam er auf die schweren Schäden zu sprechen, die die mechanische Musik, — Tonfilm, Radio und Grammophon vor allem, — dem Berufsmusiker zufüge, besahe sich mit der empfindlichen Konkurrenzierung des heimischen Musikerstandes durch ausländische Musiker, die infolge der verderblichen Kunstpolitik Deutschlands gerade jetzt besonders fühlbar werde, bekämpfte aufs schärfste die Vermittlungsagenturen und zeigte schließlich auch die großen Gefahren auf, die dem Musikerstande dadurch erwachsen, daß der Nachwuchs an Berufsmusikern durch die verschiedenen Musikbildungsanstalten entsprechend zunehme, obwohl die Versorgungsmöglichkeiten die denkbar schlechtesten seien. Schwarz verlangte in seinem Referate schließlich die Schaffung eines Gesetzes, das die unbefugte Ausübung des Musikerberufes verbietet, die Agenturen aufhebt und Grundlagen für eine geregelte Musiker-Versorgung bietet, bzw. die Rechte und Interessen der Musiker wahrt.

Für den „Deutschen Musikpädagogischen Verband in der Republik“ sprach der Verwalter der Deutschen Musikakademie und Gesangspädagoge Friedrich Stralitz, der unter anderem auch auf die Notlage der privaten Musiklehrer hinwies und insbesondere warme und beherzigenswerte offene Worte für die materiell bedrohte Deutsche Musikakademie fand.

Größere Referate bei der Versammlung erstatteten noch: Karl Schmid namens des Verbandes der Musikerorganisationen, Direktor Johann Busch für das musikalische Schulwesen und Rud. Grodecky als Vertreter der Kapellmeisterinteressen.

Gandhis Glück — und Ende?

Gandhis Feldzug des zivilen Ungehorsams hätte vielleicht in einer Zeit der wirtschaftlichen Prosperität noch mit einigem Erfolg fortgesetzt werden können, aber vor dem drohenden Pochen der Weltkrise mußte er nun zusammenbrechen. Sehr drastisch hat Indien diese Epoche der Politik der abstrakten Idee und des halbreligiösen Führertums abgeschlossen. Mahatma Gandhi wurde in einer Versammlung zu Ragnur mit sauren Eiern beworfen, so daß er die Rednertribüne verlassen mußte. Dies konnte dem Manne geschehen, der noch am 16. August d. J. im Gefangnis fastend an die Regierung schrieb: „Es ist das Gleiche, wie wenn ich tot wäre, wenn man mir nicht erlaubt, mein Werk, das mein Leben ausfüllt, fortzusetzen.“ Aber Mitleid kennt ein Volk nur mit seinen toten Politikern, von den lebenden verlangt es Erfolg. Links und Rechts im Indischen Kongress hat man erkennen müssen, daß man durch passiven Widerstand weder seine eigenen, noch die Interessen des gesamten indischen Volkes weiterhin verteidigen kann.

Schon vor dem denkwürdigen Eierwurf der Versammlung zu Ragnur hatte eine Konferenz des rechten Flügels des indischen Kongresses in Bombay stattgefunden. Wie der Korrespondent des Daily Herald von Bombay berichtet, wurde dort am 29. Oktober ein entscheidender Schritt unternommen. Es wurde beschlossen, eine neue Partei zu gründen, welche die Hauptwaffe Gandhis, den zivilen Ungehorsam ablehnt und die Macht durch verfassungsmäßige Mittel erobert will. Die neue Organisation nennt sich Demokratische Swarajya Partei.

Die neue Partei will als Endziel die Unabhängigkeit Indiens. Aber sie hält die Fortsetzung des zivilen Ungehorsams für schädlich. Um Indiens Lebensmöglichkeiten zu erhalten, soll diese Bewegung abgebrochen werden.

Die neue Partei will in alle verfassungsmäßigen Körperschaften, vom Gemeinderat bis zum Bundeskongress, eintreten und dort ihren Einfluß geltend machen.

Es ist zu hoffen, daß diese neue Entwicklung auch den Weg für eine Partei der arbeitenden Schichten Indiens freigibt.

Bei schlechter Witterung
23-26
15
27-34
19

Gummischuhe mit Loofa-Einlage!
Rata

immer häufiger und in sichtlich Angst erkundigte ob nicht vielleicht „jemand von der Polizei“ im Hause gewesen sei und sich nach ihnen erkundigt habe. Als nun vollends eines Abends Kliska sich im Wirtshause verspätet hatte, lamentierte die Frau, daß man schließlich „den Alten geschlapp“ und ins Loch gesetzt hätte.“ Als die Polizei aufmerksam wurde und eine Hausdurchsuchung vornahm, fand man in der Küche ein eisernes Reindl, in welchem Mittelbach unter Mithilfe seiner Quartiersleute die erbeuteten Goldsachen einsammelte. Es ergab sich ferner, daß das von dem Karolinenthaler Einbruch herrührende Silbergeld — ganze 13.000 Kronen — in einem Strumpf aufbewahrt wurde und das Versteck dem Ehepaar bekannt war. Daher auch die große Revidität der Frau, die in steter Angst um den Silberhoh im Strumpf lebte.

Der dritte Angeklagte Franz Bosta war ein guter Freund Mittelbachs und hat seinerseits gleichfalls einen Teil der Diebstehle in Verwahrung genommen. Es kam, wie es bei solchen Fällen zu gehen pflegt, öfters zu Streitigkeiten, in deren Verlauf Bosta den anderen Kumpeln einmal höhnisch erklärte, er könnte jederzeit das anvertraute Geld für sich behalten, ohne daß sie etwas gegen ihn unternehmen könnten. Dadurch ist auch seine Verteidigung widerlegt, er habe nicht gewußt, daß es sich um gestohlene Güter handle. Nur der Geliebten Mittelbachs, der angeklagten Marie Bostisko konnte keine Beteiligung nachgewiesen werden und sie wurde daher von der gegen sie erhobenen Anklage freigesprochen.

Alle anderen wurden schuldig erkannt. Mittelbach erhielt achtzehn Monate schweren und verschärften Kerkers, Gustav Kliska ein Jahr, seine Frau Antonie Kliska sechs Monate und der unzuverlässige Freund Bosta drei Monate.

Sozialdemokratische Frauenorganisation, Prag

Genosse Dr. Robert Wiener wird Montag, den 20. November, um 8 Uhr abends im „Monopol“ (gegenüber Masaryk-bahnhof) im Rahmen eines

Frauen- und Mädchenabends über das Thema:

Ist die Frauenfrage noch aktuell? sprechen.

Kunst und Wissen

Die Kommandostellen der gleichgeschalteten Kunst.

Berlin, 15. November. Reichsminister Tottor Goebbels hielt heute vor der neugeschaffenen Reichskulturkammer eine Rede über die „neue deutsche Kultur“, die man ja bereits zur Genüge kennt. Er erklärte, daß er die Führung der Reichskulturkammer selbst übernehme. Zum Vizepräsidenten der Reichskulturkammer ernannte er den Staatssekretär Walter Funk, zum Präsidenten der Reichsmusikkammer den Generalmusikdirektor Dr. Richard Strauß und als Mitglied des Präsidialrates der Reichsmusikkammer den Generalmusikdirektor Dr. Wilhelm Furtwängler, zum Präsidenten der Reichskammer der bildenden Künste den Prof. Eugen Hönig, zum Präsidenten der Reichstheaterkammer den Präsidenten der Bühnengenossenschaft Ministerialrat Otto Laubinger, zum Präsidenten der Reichschrifttumskammer Hans Friedrich Blund, zum Präsidenten der Reichspressekammer den Verlagsdirektor Max Amann, zum Präsidenten der Reichsrundfunkkammer den Ministerialrat Horst Dreßler, zum Präsidenten der Reichsfilmkammer den Rechtsanwalt Dr. Frh Schauer-mann und zum Präsidenten der Bühnensocietät Hans Dohst.

Einmaliges Gastspiel Max Fallenberg mit Ensemble am Dienstag, den 21. ds., in „Wem Gott ein Amt gibt“ (Abonn. aufgehoben). Vorverkauf für Abonnenten noch heute ab morgen, Freitag, allgemeiner Vorverkauf; Preise trotz des Gastspiels nicht erhöht.

„The English Players“ in der Kleinen Bühne am Dienstag und Mittwoch unter Leitung von Edward Stirling. Zur Aufführung gelangt am ersten Abend das Detektivstück „Zehn Minuten Alibi“. Am zweiten Abend folgt „The Green bay Tree“. Beide Stücke wurden auch schon in Wien mit Erfolg in deutscher Sprache aufgeführt. Normale Preise von 15 bis 39 Kr. Vorverkauf täglich.

Wochenplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag, halb 8 Uhr: „Carmen“ (C 2). — Freitag, halb 8 Uhr, Gastspiel Gisela Werbezirk: „Die fünf Frankfurter“ (D 1). — Samstag, halb 8 Uhr: „Ball im Savoy“ (C 1).

Wochenplan der Kleinen Bühne. Donnerstag, 8 Uhr: „Allez hoppy“. — Freitag, 8 Uhr: „Ein Strich geht durchs Zimmer“ (Kulturverbandsfreunde und freier Verkauf). — Samstag, 8 Uhr, Gastspiel Gisela Werbezirk: „Die fünf Frankfurter“.

In das Heim des Massenbewußten Arbeiters gehört d. Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokr. Arbeiterpartei „Sozialdemokrat“

Aus der Partei

Jugendbewegung.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Heute, 8 Uhr, im Heim Gruppenabend: „Die Überwindung des deutschen Faschismus.“

Freie Vereinigung soz. Akademiker S. J. II. Heute, 20 Uhr: Gruppenabend.

Sport • Spiel • Körperpflege

Der erste Bundestag der Arbeiterturner im Saargebiet.

Wenn früher den Tagungen der Arbeiterturner der Gruppe Saar eine untergeordnete Bedeutung zukam, so hat sich dies mit der Selbstständigkeit des Arbeiter-Turn- und Sportbundes völlig geändert. Das hat ganz deutlich dieser erste Bundestag, der vor kurzem in Saarbrücken stattfand, gezeigt, der in einem begeisterten Kampfe Willen und Einheit einen einträchtigen Verlauf nahm. Die Berichte bewiesen a. a. eine starke Zunahme des Sportbetriebes. Der Kassenericht wies zwar keinen großen Ueberfluß, aber doch ein gutes Verhältnis auf. Die Wahlen ergaben eine Verringerung des gesamten Vorstandes. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Rung (Saarbrücken) bestellt. Eine ausgiebige Aussprache befahte sich mit der Bildung der Einheit im Arbeiterturn. In einer einstimmig angenommenen Entschlieung wird die geradezu verwerfliche Handlungsweise der kommunistischen Kampfgemeinschaft auf das schärfste verurteilt sowie dem Vorstand das volle Vertrauen ausgesprochen. Einen breiten Raum der Beratungen nahmen die Zukunftsarbeiten ein. Für die Winterwerbung wurde die Abhaltung einer Saal-Werbeeranstaltung und die Durchführung der Geräte-Mannschaftskämpfe beschlossen. Eine große internationale Sportveranstaltung ist für 1934 geplant. Von den angenommenen Anträgen ist jener erwähnenswert, der die Landesverbandsleitung auffordert, weiterhin mit allem Nachdruck bei den Regierungsstellen die Rechtsansprüche bez. Vermögensanwartschaft von den früheren Zentralen der Arbeitersportverbände geltend zu machen.

Die Wiener Arbeiterhandballer trugen folgende Spiele aus: Floridsdorf gegen Währing 5:4, Studenten gegen KZM. Neudling 6:2, KZM. Neudling gegen GÖ. 14:5, Hauptwerft gegen Wieden 7:6, Neubau gegen Textilarbeiter 8:8.

Der Film

Nachwort zur „Beronika“.

Über den Berliner Filmschmarren „Gruß und Auf Beronika“ wurde an dieser Stelle vorgestern mit der notwendigen Deutlichkeit gesprochen — und in diesem Zusammenhang auch von dem tiefergehenden „aufgeklärten“ Premierenspublikum und von der geschäftsmäßigen Verleihsfirma, die belagerten Schmarren herzulande vertriebt. Wir wissen, daß wir in unserem Kampfe gegen die Invasion rechtsdeutscher Filme wenig Bundesgenossen haben, da, wie schon einmal erwähnt, der größte Teil der demokratischen Zeitungen von lobenden Interimurteilen mehr zu halten scheint, als von kritischem Urteil.

Arbeitslosen-Hilfsaktion der Jugend

Wir setzen Sonntag vormittags die Sammlung fort. Sollten Sie ein Paket vorbereiten und die Verständigung wegen der zweiten Sammlung nicht erhalten haben, bitten wir um Ihre Adresse. Viele Genossinnen haben bei ihren bekannten Paketen gesammelt und lassen sie durch uns in ihrer Wohnung auf einmal abholen. So erleichtern Sie uns die Arbeit. Unsere Anschrift: R. Sübner, Prag VII, U. v. Jobstky 1218 B. Es ist Ihre Pflicht, mit allen Kräften mitzuhelfen!

und von politischer Konsequenz. Aber daß ein Prager Wochenblatt, das bisher weder und gegen die Berliner Filmattaden Stellung genommen hat, über diesen zweifellosen Mißschlim einer zweifellos hirtentenen Firma „Freude“ äußert, und zwar deswegen, weil eine (inszwischen aus den deutschen Kreisen hinausgeleitete) ungarische Jüdin die Hauptrolle spielt, das hat uns unangenehm überrascht. Wir brauchen uns nicht die Mühe zu machen, dieses in einer schwachen Stunde gezeigte Argument zu widerlegen. Denn besser, als wir es könnten, hat es die „Deutsche Presse“ getan. Dieses fromme Blatt, das so christlich als Denken trägt und seit Junges Verzicht sich wüh-ant semitisch verjüngt hat, dieses fromme Blatt, das vor lauter Eifer noch unerschütterliche hitlerdeutsche Filme um ihrer Dudenreinheit und ihres „Freiheitsgeistes“ willen anpreist, hat den „Beronika“-Schund mit dem triumphierenden Sage begrüßt: „Das Publikum amüßert sich glänzend, und der deutsche Film, der so manchen Leuten ein Dorn im Auge ist, hat volle Kassen.“ Die „Deutsche Presse“ — man muß es ihr lassen — hat die Situation genau so richtig erkannt wie wir. Die vollen Kassen dieses Films nähren den braunen Terror, auch wenn der Klassenmagnet nicht-nordischer Klasse ist.

Achtung! Boykott gegen Deutschland! — auch beim Film!

Literatur

Die Wahrheit. Die Hitler-Memoiren des Kapitanleutnants Koch, die in der Öffentlichkeit allgemeinen Aufsehen erregen, finden in der neuesten Nummer der „Wahrheit“ ihre zweite spannende Fortsetzung. Außerdem bringt diese Nummer aus der Feder des gleichen Autors ein blendend hingestricheltes Porträt des preussischen Ministerpräsidenten Brüning sowie sensationelle Enthüllungen über Präparierung von Verlastungszeugen durch die geheime Staatspolizei im „Zimmer 312“. Weitere Beiträge: Julius Mader: Deutsche Kolisprehen aus dem „Eck und sein Schatten“; Upton Sinclair: Zwölf Gebote der Vernunft; Stefan Seym: Geißha und Germane; J. Epstein: Brief an Klaus Mann; J. Zieinfeld: Das Theater hat das Wort, usw. Die „Wahrheit“ ist bei allen Zeitungsverfehlern und Trafiken oder direkt bei der Verwaltung, Prag I., Revoluční 3 zu haben. Preis der Einzelnummer 2 Kr., vereintretende Abonnenten erhalten die bisher veröffentlichten Hitler-Memoiren unentgeltlich nachgeliefert.

An unsere Abonnenten!!

Bitte lesen!

Und uns bis 10. Dezember den Abschnitt einsenden!

Wir zweifeln nicht daran, daß auch Sie die Gelegenheit benützen werden, an Stelle der teuren Neujahrsgratulationskarten unserer Aktion Unterstützung zu gewähren, die der finanziellen Stärkung des Blattes dient und weiters den hohen ideellen Zweck erfüllt, daß die Zusammengehörigkeit unserer Genossen und Genossinnen sichtbar vor Augen geführt wird. Wir bitten Sie daher, Ihren Namen gegen eine Gebühr von 10 Kr. in unser

Neujahrs-Kollektivwinterat

aufnehmen zu lassen und den entfallenden Betrag von 10 Kr. mit der Dezemberabonnementsgebühr einzusenden.

Wir sind überzeugt, daß auch Sie, der heutigen Zeit Rechnung tragend, uns Ihre Unterstützung nicht verweigern, und danken bestens für Ihre freundliche Förderung unseres Blattes.

Die Verwaltung.

..... Hier abtrennen! Hier abtrennen!

Neujahrs-Enthebung für „Sozialdemokrat“.

Ich bestelle hiermit unter dem Namen: _____

Ort: _____ eine Neujahrsenthebung zum Betrage von 10 Kr. und sende Ihnen diesen Betrag gleichzeitig mit der Abonnementsgebühr pro Dezember ein.

Unterschrift: _____